1/91

2,50

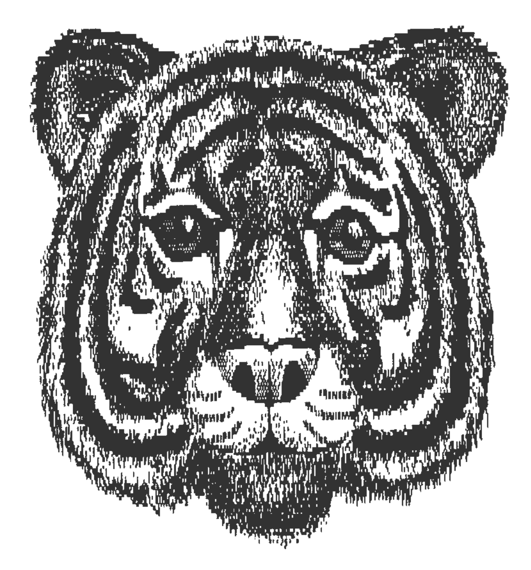
NEUES SCHANZEN LEBEN



EDITORIAL

Nach nur drei Monaten schon wieder eine neue Ausgabe Hamburgs ältester Stadtteilzeitung. Das verleitet uns zu Überlegungen, nun bald wöchentlich-öffentlich zu erscheinen. Aber jetzt Spaß beiseite.
Letzte Nacht begann die Bodenoffensive der sog. "Alliierten"! Wir sind uns im Klaren, daß unser Beitrag zum Golfkrieg nicht ausreichend ist. Aber in den letzten Monaten sind eine Fülle von (Nicht-)Informationen quer durch alle Medien gegangen.
Und so haben wir uns im Laufe der Zeit zu richtigen kleinen MilitärexpertInnen entwickelt: Wer kannte vorher schon das Patriotabwehrsystem oder die Reichweite einer Scud-Rakete? Während einige der liberalen Linken mit fliegenden Fahnen die Fronten wechselten und mit einer unerträglichen Selbstsicherheit und Ignoranz (Enzensberger, Broder) für die Notwendigkeit eines Krieges, mensch möchte fast sagen, warben, versuchten andere Menschen mit mal mehr und mal weniger guten Beiträgen der herrschenden Meinung etwas entgegenzusetzen. Dabei ist manchmal auch hilflos und ungeschickt argumentiert worden. Un-versöhnliche Fronten taten sich auf, aber klar ist zumindestens eines geworden:
Mit der üblichen Schwarz-Weiß-Malerei kommen wir hier nicht mehr weiter.
Wir haben keinen Bock mehr, uns mit vor Antisemitismus strotzenden Diskussionspapieren auseinanderzusetzen, können aber auch der Position "Israel um jeden Preis" nichts abgewinnen.
Nun mag eine/r sagen, wie naiv.
Wir aber sagen, Unrecht läßt sich nicht ignorieren. Das gilt sowohl für die menschenverachtende Politik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern als auch die Tatsache zu akzeptieren, daß Auschwitz in der Beurteilung nicht wegzudenken ist.
US-Imperialismus und neue Weltordnung werden auch dadurch nicht besser, daß Saddam Hussein keinen hohen Identifikationswert für die Linke darstellt.
Wohin das Fehlen einer internationalistischen Bewegung führt, sehen wir jetzt und sind relativ ohnmächtig gegenüber der Kriegssituation.
Für uns entwickeln sich aus der Situation im Nahen Osten Fragestellungen, die wir jetzt unter uns, aber auch gerne mit anderen Gruppen/Menschen in dieser Zeitung diskutieren würden:

1. Wie weit läßt sich der Internationalismusbegriff mit der Forderung nach einer 2-staatlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes vereinbaren?
2. Begünstigt die Bildung von Nationalstaaten, gerade auch im Hinblick auf die Entwicklungen in Osteuropa, Kriege? Das impliziert auch die Frage, wie wir die Unabhängigkeitsbestrebungen in Litauen, Estland, Slowenien etc. zu beurteilen haben.
3. Bomben fallen, Aktienkurse steigen. Im Gegensatz zur antiimperialistischen und Antikriegs-Bewegung ist das westliche Kapital bereits weltweit organisiert. Wie können wir hier den Kriegsgewinnlern auf den Pelz rücken?
4. Ist die Vorstellung, daß die Gewehre umgedreht oder weggeschmissen werden, naiv oder utopisch? Für uns ist es unfaßbar, daß irakische Bauern und Arbeiter gegen us-amerikanische Proleten, die durch ihren Eintritt in die Army einem durchschnittlichen Ghetto-Dasein entkommen sind, kämpfen und krepieren.



INHALTSANGABE:



BOYKOTTIEREN, DESERTIEREN, SABOTIEREN, HINTERZIEHEN!!!

DESERTIEREN

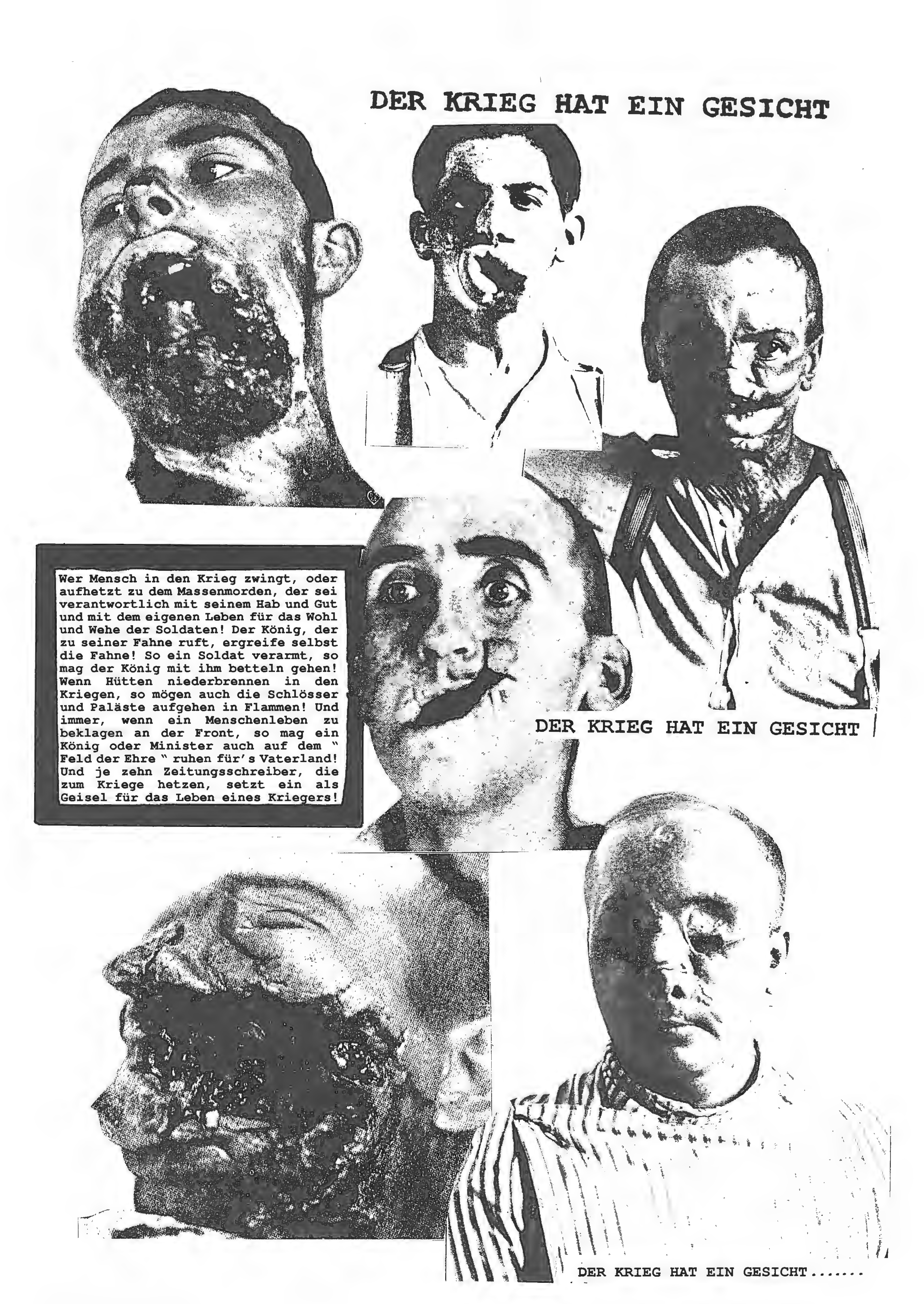


Das sind die Schlaglichter des Tages.
Nie, soweit ich mich erinnere, wurde bisher ein Krieg so breit und vielfältig vermarktet, wurde uns "der Friede mit anderen Mitteln" so hemmungslos aufbereitet und telegen vermittelt.
Worum es geht, das zeigt uns das TV - wenn überhaupt - nur punktuell.
Es geht ums Geschäft. Profit ist die Antriebsfeder.
Da zeigen sie (die Profiteure) uns Bilder vom "humanen" Krieg, denn technologisch ausgereifte Waffen töten keine Unschuldigen...
Doch danach kommen sie zur Sache: Nicht nur das Wetter von morgen, auch -und das zeigt den wahren Charakter dieses Krieges- das NEUESTE von der Börse.
Es wird verdient, auf Deubel komm raus. Erst am Aufbau der Vernichtungsmaschinerie, dann am Nachschub und letztlich muß ja wieder aufgebaut werden, was so nebenbei alles zerstört wird.
Der Golfkrieg ist und war für die Alliierten kein Unglücksfall, in den sie hineingeschliddert sind. Dieser Krieg paßt in die Logik imperialistischer Politik, insbesonders der Nah-Ost-Politik der USA und GB. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben diese Staaten niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie IHRE "nationalen Interessen" vertreten würden. Und das Oel der arabischen Staaten ist ein fester Bestandteil ihrer Politik. Totalitäre und Unrechts-Regimes kommen und gehen, werden aufgebaut und wieder fallengelassen - Hauptsache, imperialistischer Einfluß bleibt bestehen.
Trotz auffälliger Halbherzigkeit einiger kapitalistischer Staaten Europas, wird diese Politik im Prinzip mitgetragen und zwar im Falle der BRD durch Finanzierung und Technologie.
Und genau da wird es interessant.
Die BRD finanziert zu einem nicht unerheblichen Teil diesen Krieg - und zwar aus Steuergeldern. Und genau dort sitzt der Lebensnerv der BRD. Die Steuern, die sie von uns nehmen, halten hier alles am Laufen, sind der Motor dieser kapitalistischen Gesellschaft. Genau dort ist das System empfindlich zu treffen. Eine Bewegung, die dem Kapitalismus auf den Lebensnerv tritt, ist aber nur dann sinnvoll, wenn sie breit und massenhaft getragen wird. Das heißt, wenn sich die Bewegung der Dimensionen dieser Kampfansage an den Staat bewußt wird. Denn eines ist klar: Dieser Staat besitzt das juristische Handwerkszeug, um sich dagegen zu wehren und er wird davon Gebrauch machen. Es kann meines Erachtens nicht darum gehen, kleinere oder größere Steuerhinterziehungen zu tätigen - das tun wir eh! -, sondern es muß darum gehen, eine Kampagne zu starten, in der sich die Bewegung der politischen Tragweite bewußt ist, in der nicht auf politische Identität verzichtet wird, um breiter zu werden und in der, im Unterschied zu bereits durchgeführten Boykottaktionen (z.B. zur Volkszählung), der Symbolcharakter kaum eine bzw. keine Rolle spielen darf, weder für uns, noch für den Staat!



DESERTIEREN

»Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit.«
BOYKOTTIEREN,
AS 17602


DER KRIEG HAT EIN GESICHT
Wer Mensch in den Krieg zwingt, oder aufhetzt zu dem Massenmorden, der sei verantwortlich mit seinem Hab und Gut und mit dem eigenen Leben für das Wohl und Wehe der Soldaten! Der König, der zu seiner Fahne ruft, ergreife selbst die Fahne! So ein Soldat verarmt, so mag der König mit ihm betteln gehen! Wenn Hütten niederbrennen in den Kriegen, so mögen auch die Schlösser und Paläste aufgehen in Flammen! Und immer, wenn ein Menschenleben zu beklagen an der Front, so mag ein König oder Minister auch auf dem " Feld der Ehre " ruhen für's Vaterland! Und je zehn Zeitungsschreiber, die zum Kriege hetzen, setzt ein als Geisel für das Leben eines Kriegers!
DER KRIEG HAT EIN GESICHT
DER KRIEG HAT EIN GESICHT.......

Der Golfkrieg ist "nur" einer von vielen: Wir dokumentieren hier die Kriege die im Zeitraum von 1985 bis 1990 geführt wurden bzw. immer noch andauern!

Region, Staaten	Kriegstyp	Zeitraum
Europa		
Nordirland	B2	1969....
Spanien (Basken)	B2	1969....
Rumänien	A2	Dez.89-Jan.90
Afrika		
Westsahara	D2/C1	Mai73...
Tschad	ABC1	Juni66-89?
Sudan	AB2	Jan./Feb.83
Liberia	A2	Dez.89
Mali-Burkina Faso	C2	Dez.85
Äthiopien (Eritrea)	B2	Sep.61...
Äthiopien (Tigray)	AB2	Feb.75...
Äthiopien (Oromo)	B2	1975...
Somalia	A2	Mai88...
Uganda	AB2	Feb.81-88
Angola	ABC1	1975-89?
Namibia	AD2	1966-88
Zimbabwe	B2	1983-88
Mosambik	AC1	1978...
Republik Südafrika	A2	1976-89/90?
Vorder und Mittlerer Orient		
Israel(Palästina)	B2	Dez.87...
Libanon	ABC1	1975...
Türkei (Kurden)	B2	Aug.84...
Irak (Kurden)	AB1	Mai76...
Iran (Kurden)	B2	Aug.79-88?
Irak-Iran	C2	Sep.80-88
Südjemen	A2	13-29.1.86
Afghanistan	A1/2	1978...
Süd-, Südostasien, Ozeanien		
Indien-Pakistan	C2	Juni84...
Indien (Sikhs)	B2	Juli82...
Sri Lanka	B1/A2	1983...
Bangladesh	B2	1975...
Birma	AB2	Jan.48...
Thailand-Laos	C2	Nov.87-Feb.88
Vietnam-Kambodscha	AC1/AB2	Dez.78...
Vietnam	A2	Anfang 81?...
Indonesien (Ost-Timor)	B2	Aug.75...
Indonesien (West-Irian)	B2	Aug.65...
Papua Neuguinea (Boug.)	AB2	Nov.88...
Philippinen	A2	März69...
Philippien (Mindanao)	B2	1970...
Lateinamerika		
Guatemala	A2	1980...
El Salvador	A2	Jan.81...
Nicaragua	A1	April81...
USA-Panama	C2	20-24.12.89
Kolumbien	A2	1964...
Surinam	AB2/B2	Juni86-Juli89
Peru	A2	1980...

Erläuterungen zur Tabelle:
Kriegstyp: A = Antiregimekrieg
B = sonstiger innerstaatlicher Krieg
C = zwischenstaatlicher Krieg
D = Dekolonisationskrieg
1 = mit unmittelbarer Kampfbeteiligung einer dritten ausländischen Macht.
2 = ohne unmittelbare Kampfbeteiligung einer dritten ausländischen Macht

aus: Kriege der Welt - Materialien der Stiftung Entwicklung und Frieden

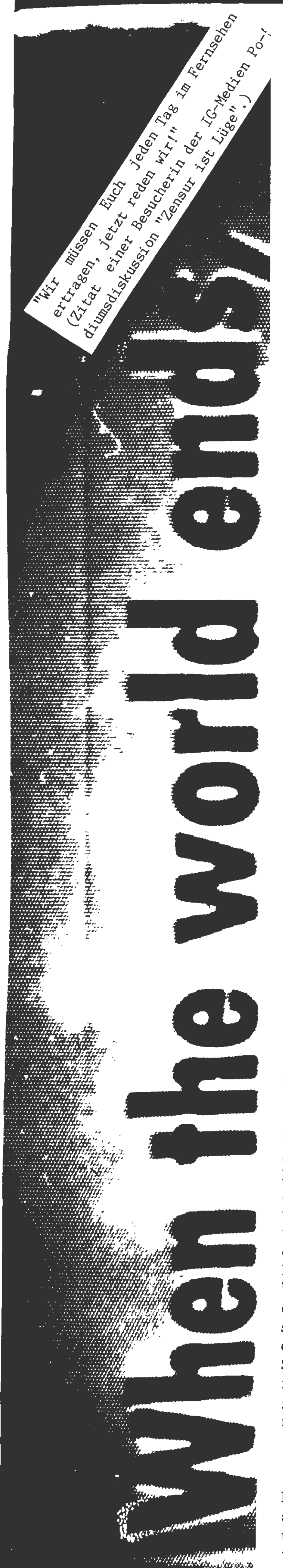
Reden

Zu den Menschen
vom Frieden sprechen
und dabei an dich denken
Von der Zukunft sprechen
und dabei an dich denken
Vom Recht auf Leben sprechen
und dabei an dich denken
Von der Angst um Mitmenschen
und dabei an dich denken -
ist das Heuchelei
oder ist das endlich die Wahrheit?

Gedicht von Erich Fried

RADIO ST.PAULI

ZENSUR UND LÜGE!



Geladen war nur hochkarätige Journallie, wie etwa ARD-Guru Heiko Engelkes (Tagesschau), SAT-1 Feldwebel Armin Halle (SAT-1 Blick) und Jürgen Kellermeier (NDR-Programmdirektor). Die einzige Frau auf dem Podium war Karola Sommerey (Radio-Bremen Programmdirektion). Obwohl die JournalistInnengewerkschaft es offenbar versäumt hatte, radio st. pauli einzuladen, hielten wir unsere Anwesenheit zu diesem Anlaß für unerläßlich. Anfangs ging es der Moderatorin offenbar ähnlich, denn sie hielt unser Erscheinen für "sicherlich eine Bereicherung des Abends". Das änderte sich spätestens, als klar wurde, daß wir gekommen waren, um dem Publikum journalistische Frontabenteuerberichte und langatmiges Gejammer über die erschwerten Arbeitsbedingungen der Profis zu ersparen. Die Teile des Publikums, die unsere hehren Absichten partout nicht einsehen wollten, packten nach etwa 30 Minuten empört ihre Mäntel und verließen die erlesenen Lokalitäten der Patriotischen Gesellschaft, nicht ohne lautstark ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Das führte leider dazu, daß große Teile unserer Beiträge dem Publikum nicht zu Gehör gebracht werden konnten. Daher veröffentlichen wir hier noch einmal wesentliche Teile unserer Ausführungen.

Zensur im Alltag

Zensur ist nicht erst mit Beginn des Golfkrieges über die Medienwelt hereingebrochen, sondern existiert innerhalb der Medien schon latent in Form von Parteiloyalität der Öffentlich-rechtlichen und Kapitalhörigkeit der Privaten. So wechselte beispielsweise nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen der Intendant des NDR gleich mit. Die Beteiligung des Axel Springer Verlages an SAT-1 scheint, entgegen den Angaben der Hamburgischen Anstalt für neue Medien, 15% zu überschreiten. Ebenso alltäglich wird uns bewußt selektive Berichterstattung serviert und/oder findet freiwillige Selbstzensur der JournalistInnen statt. Die gesamte Berichterstattung über die Hafenstraße ist ein Beispiel selektiver Berichterstattung, so wurden in der Tagesschau vom 7. Januar (Tag der Verkündung des Räumungsurteil gegen den Verein Hafenstraße) Ausführungen über den Vertragsabschluß von 1987 wild mit Bildern der Bauwagenräumung (1989) und der Phantompremiere (1990), unterlegt.

Im deutschen Herbst (1977) hat sich die selbsternannte 4. Gewalt im Staat mit der Presseratrichtlinie 31, die in erheblich staatsgefährdenden Fällen vor der Berichterstattung eine Absprache mit den Strafverfolgungsbehörden vorsieht, öffentlich der freiwilligen Selbstzensur unterzogen. Das Ergebnis war eine weitestgehende "Gleichschaltung" der Medien im Interesse der Inneren Sicherheit. Gleichzeitig entstand die Idee: " Täglich eine linke, radikale Zeitung."
Stellt sich die Frage, wann sich die Innere Sicherheit das nächste Mal für derartig gefährdet hält, daß die Presseratrichtlinie 31 wieder aus dem Hut gezaubert wird.

Zensur im Golfkrieg

Die journalistische Welt beklagt die erschwerten Bedingungen für ausgewogene, unabhängige Berichterstattung unter den von den Militärs verhängten Zensurmaßnahmen. Der erste Tag des Krieges am Golf liegt wahrscheinlich vielen JournalistInnen besonders schwer im Magen. Entgegen ihren Ambitionen, verantwortungsbewußt mit Informationen umzugehen, haben sie anfangs anstandslos den von den Amerikanern angeführten Siegesfeldzug der "Aliierten" propagiert. In den darauffolgenden Tagen fand ein kurzes Intermezzo über die von den Militärs verhängten Zensurmaßnahmen statt. Die JournalistInnen beschwerten sich kurz, die grauen Zensurkästen erschienen in den Zeitungen, teilweise blieben Bildschirme schwarz oder gesendete Bilder wurden mit einem Zensurvermerk versehen. Den Gesetzen des Medienmarktes entsprechend, stürzte sich schon bald die Journallie artig auf das nächste Konjunkturthema: die Ölpest. Trotz Krieg Zensur und Bedingungen, die journalistische Arbeit ad absurdum führen, kam es für die MedienproduzentInnen nicht in Frage, ihrem Protest gegen Krieg und Zensur in einer Form Ausdruck zu verleihen, die die Ergebnisse ihrer Arbeit verändert hätte. Stattdessen, und da fragt sich, wie ernst die professoinell gemachten Beteuerungen des Friedenswillens zu nehmen sind, wurde in unverminderter Fülle weiter zu einem Thema berichterstattet, zu dem eigentlich gar keine ernstzunehmenden Informationen vorliegen. In Nachrichtensendungen werden knapp die ohnehin gelogenen Meldungen verlesen, Kommentare suggerieren der Zuschauerin, wie die Lage einzuschätzen ist. Bilder von vorgestern müssen zur Untermalung der Nachrichtenvon gestern herhalten, solange, bis der grünlich erleuchtete Bombenhimmel über Bagdad schon fast zu einem Stück der Wohnzimmereinrichtung wird. Hintergrundberichte, Kommentare, militärische und naturwissenschaftliche Spezialsendungen beschränken sich meistens auf die eindimensionale Darstellung von Themen, vielen ZuschauerInnen kommt es gar nicht erst in den Sinn, beispielsweisedie politische Dimension der Klimakatastrophe zu hinterfragen. Das Publikum, überschüttet und zugedröhnt von

don't run
run to th

der Kriegsberichterstattung, gewinnt den Eindruck, bestens informiert zu sein, sich ein Urteil bilden zu können und sieht, zum Teil aufgrund dieses scheinbar hohen Informationsstandes davon ab, sich alternative Infromationen zu verschaffen bzw. diese öffentlich einzufordern. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, die bei Fehlverhalten postwendend gerügt, zwangsversetzt oder gefeuert werden, wie zum Beispiel Klaus Bednarz (von der Sendung Monitor), arbeiten die Kriegsverharmloser Hand in Hand mit den Kriegstreibern, um das für ihre Politik erforderliche Stimmungsgleichgewicht in der Bevölkerung zu erhalten bzw. zu steuern.

Zensur und Propaganda

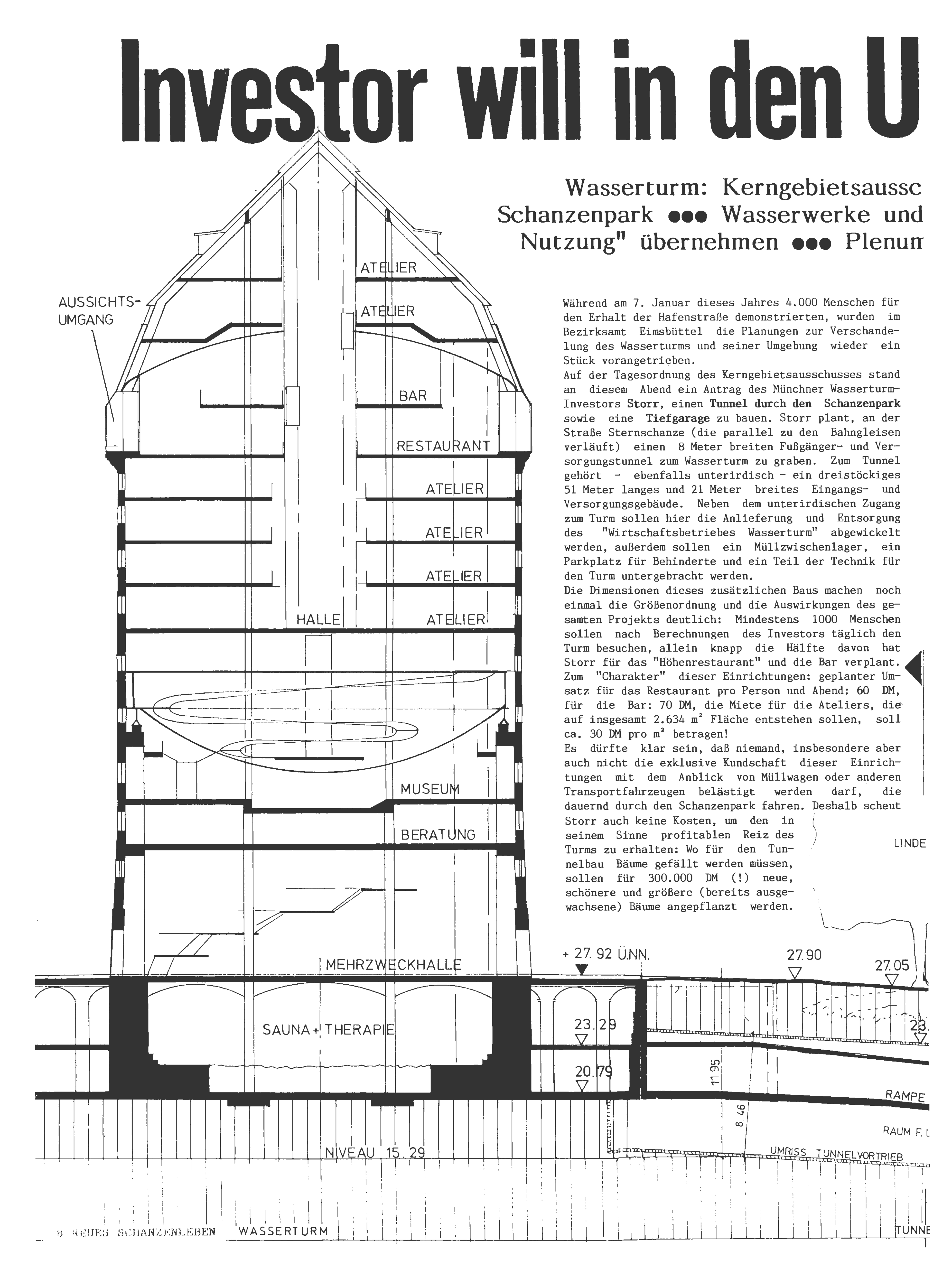
Die Aussage, daß Zensur immer nur im Zusammenhang mit Propaganda auftritt, bezog ein ARD-Journalist lediglich auf die militärisch verhängten Maßnahmen der "in die Kriegshandlung verwickelten Parteien".

Sieht mensch jedoch fern oder liest Zeitung, ist festzustellen, daß die Propaganda, zusätzlich angereichert um innenpolitische Eigeninteressen, direkt über den Äther bzw. in Druck geht.
Eine wichtige Komponente der Propaganda ist die Pflege von Feindbildern. Die uns vom Fernsehen aufgenötigte Einteilung in die Guten und die Bösen in diesem Krieg wirkt. Neben dem Vergleich Saddam Husseins mit Adolf Hitler, duch den einerseits die Angst vor dem fürchterlichen Diktator geschürt wird und zwecks Vergangenheitsrelativierung pervers lapidar mit den Verbrechen des 3. Reiches umgegangen wird, präsentieren uns die Medien den "Irren von Bagdad" auch noch als Ökoterroristen. Gegen das angsteinflößende Bild des "mordenden Terroristen" geht die segenbringende "Umwelt GSG 9" vor (HHer MoPo). Diese absurden Parallelen zwischen bewaffneten Gruppen und dem Irak zeigen, wie wenig ernst das tatsächliche Geschehen am Golf mit seinen Opfern und Gefahren genommen wird und wie stattdessen in der Bevölkerung eine Angst vor "irrationalen" Mächten erweckt wird, die einerseits Saddam Hussein als Inkarnation allen Elends implizieren soll, andererseits dazu da ist, das Bedürfnis nach innerer Sicherheit zusteigern. Die Medien arbeiten also mit einer geschickt gemischten Dosis von Sicherheit und Angst. Sicherheit wird vorgetäuscht im Sinne der Siegessicherheit durch "Präzisionsbomben und -kriegsgerät der Alliierten" und deren Überlegenheit an sich; dem Bedürfnis nach innerer Sicherheit wird durch Angstmache Nahrung gegeben.

Solange die Menschen ihre Angst vor "irrationalen Mächten" wie der Klimakatastrophe und der Unberechenbarkeit des einflußreichen Saddam Hussein nicht in ein konstruktives Bewußtsein der eigenen Ohnmacht umwandeln, entstehen für die Regierung wenig Legitimationsprobleme. In der ersten Woche nach dem amerikanischen Angriff zeigte sich, wie die Regierungs- und Medienreaktionen aussehen, wenn viele Leute der Kriegspolitik eine klare Absage erteilen. Gelingt es den Medien nicht, die DemonstrantInnen in gewalttätige und friedliche zu spalten, weil die einzigen, die Gewalt anwenden, deutsche Polizisten sind, wird durch den Vorwurf des Antiamerikanismus der Bewegung gegen den Krieg am Golf unterstellt, sie stehe feindlich über 250 Mio. EinwohnerInnen der USA gegenüber. Zusätzlich wurde die schwierige Frage der Rolle Israels und des Verhältnisses der deutschen zu Israel in einer Form gestellt, die die Reste des schlechten Gewissens der regierungskonformen Doitschen wegfegen soll und den nicht-regierungskonformen Leuten Palästinasolidarität als ausschließlich antiisraelische, wenn nicht antisemitische Haltung vorwirft und eine sinnvolle Beantwortung dieser Frage gar nicht vorsieht. Da das Verhältnis der bundesdeutschen Linken zu Israel größtenteils problematisch und/oder unreflektiert ist, zeigten diese Maßnahmen ihre Wirkung. Die Reste der Bewegung gegen den Golfkrieg verbrachten ihre Zeit entweder als Kerzenhalter oder damit, israelische Fahnen schwenkend, politisch total verunsichert irgendwie den Frieden zu fordern; andere Teile der Reste diskutieren und streiten sich über den Haufen neu aufgeworfener Fragen, wenn sie sich noch nicht gespalten haben. Ein neuer Diskussionsprozeß ist einerseits sehr positiv, andererseits zeigt sich jedoch, daß die Medien der Politik mal wieder ihren Dienst erwiesen haben: sie haben für Ruhe auf den Straßen gesorgt. Das nächste Projekt ist schon seit geraumer Zeit im Gange: deutsche Beteiligung am Golfkrieg als eine Selbstverständlichkeit darzustellen. Vielleicht ist derzeit Ziel der PolitikMedien, einen etwaigen konkreten Bundeswehreingriff in den Golfkrieg in einem derartigen Wust an Informationen, Unklarheiten und Chaos "untergehen" zu lassen, daß niemandem mehr auffällt, wann es tatsächlich soweit ist...

Investor will in den U

Wasserturm: Kerngebietsaussc
Schanzenpark ●●● Wasserwerke und
Nutzung" übernehmen ●●● Plenum



Während am 7. Januar dieses Jahres 4.000 Menschen für den Erhalt der Hafenstraße demonstrierten, wurden im Bezirksamt Eimsbüttel die Planungen zur Verschandelung des Wasserturms und seiner Umgebung wieder ein Stück vorangetrieben.

Auf der Tagesordnung des Kerngebietsausschusses stand an diesem Abend ein Antrag des Münchner Wasserturm-Investors **Storr**, einen **Tunnel durch den Schanzenpark** sowie eine **Tiefgarage** zu bauen. Storr plant, an der Straße Sternschanze (die parallel zu den Bahngleisen verläuft) einen 8 Meter breiten Fußgänger- und Versorgungstunnel zum Wasserturm zu graben. Zum Tunnel gehört - ebenfalls unterirdisch - ein dreistöckiges 51 Meter langes und 21 Meter breites Eingangs- und Versorgungsgebäude. Neben dem unterirdischen Zugang zum Turm sollen hier die Anlieferung und Entsorgung des "Wirtschaftsbetriebes Wasserturm" abgewickelt werden, außerdem sollen ein Müllzwischenlager, ein Parkplatz für Behinderte und ein Teil der Technik für den Turm untergebracht werden.

Die Dimensionen dieses zusätzlichen Baus machen noch einmal die Größenordnung und die Auswirkungen des gesamten Projekts deutlich: Mindestens 1000 Menschen sollen nach Berechnungen des Investors täglich den Turm besuchen, allein knapp die Hälfte davon hat Storr für das "Höhenrestaurant" und die Bar verplant. Zum "Charakter" dieser Einrichtungen: geplanter Umsatz für das Restaurant pro Person und Abend: 60 DM, für die Bar: 70 DM, die Miete für die Ateliers, die auf insgesamt 2.634 m² Fläche entstehen sollen, soll ca. 30 DM pro m² betragen!

Es dürfte klar sein, daß niemand, insbesondere aber auch nicht die exklusive Kundschaft dieser Einrichtungen mit dem Anblick von Müllwagen oder anderen Transportfahrzeugen belästigt werden darf, die dauernd durch den Schanzenpark fahren. Deshalb scheut Storr auch keine Kosten, um den in seinem Sinne profitablen Reiz des Turms zu erhalten: Wo für den Tunnelbau Bäume gefällt werden müssen, sollen für 300.000 DM (!) neue, schönere und größere (bereits ausgewachsene) Bäume angepflanzt werden.

ntergrund

ıuß für Tunnelbau im
Bezirk wollen "öffentliche
gegen Umstrukturierung

Der Tunnelbau trägt aber nicht nur zum Erhalt des für den Konsum so wichtigen Ambientes bei (romantischer alter Wasserturm unter alten Bäumen - ohne Müllautos), Storr will außerdem eine "möglichst geringe Parkbeeinträchtigung" vorweisen. Das war Auflage und fördert die Akzeptanz für sein Projekt.

Unter dem dreistöckigen unterirdischen Tunneleingang sollte nach Storrs Willen zusätzlich eine Tiefgarage entstehen, um sich so zumindest zum Teil des Parkplatzproblems zu entledigen.

Was den Tunnel betrifft, so ging Storrs Kalkül auf: SPD, CDU und FDP signalisierten sofort ihr Einverständnis. Zuvor soll lediglich noch ein Gutachten über eine mögliche Gefährdung des Lindenvierecks erstellt werden, das den Turm umgibt. Für dieses sogenannte "Umweltgutachten" stimmten alle Parteien. Weiterhin beantragte die SPD, "das Erschließungs- und Versorgungsgebäude (...) ohne eine Tiefgarage zu planen". Dieser Antrag wurde mit dem Stimmen von SPD und GAL angenommen.

Die GAL - bisher erklärte GegnerIn des Storr-Projektes - begründete ihre ungewöhnliche Zustimmung zu den SPD-Anträgen damit, daß jetzt wenigstens die Tiefgarage vom Tisch sei. Und über den Tunnel sei noch gar nicht abgestimmt worden.

Wir halten diese Argumentation für fragwürdig, da die Zustimmung zum Gutachten auch ein Einverständnis zum Tunnel beinhaltet, wenn nämlich die Bäume nicht gefährdet werden - zumindest war das der Sinn des SPD-Antrages. Und der Antrag zur Tiefgarage beinhaltet neben der Ablehnung derselben auch, daß der Tunnel **zu planen ist**. Ohne die GAL-Stimmen wäre der Antrag abgelehnt worden.

Auch was die Nutzung im Inneren des Turms betrifft, haben sich Änderungen ergeben. Wie im letzten NEUEN SCHANZENLEBEN berichtet, hatte Storr Schwierigkeiten, die vorgeschriebenen Einrichtungen mit "öffentlicher Nutzung" zu füllen. Jetzt will der Bezirk Eimsbüttel selbst dafür sorgen, daß sich Gruppen bzw. Institutionen für den Wasserturm finden. In nächster Zeit sollen Gespräche mit "bedürftigen" Gruppen geführt werden; welche die BezirkspolitikerInnen dabei im Auge haben, ist noch nicht bekannt. Als weiterer Träger für "öffentliche Nutzung" wollen die Hamburger Wasserwerke das "Schwimmbad" und das "Museum für Stadt- und Wassertechnik" übernehmen.

Öffentliche Nutzung - ein Erfolg?

Nach diesen wenig erfreulichen Nachrichten stellt sich die Frage, ob wir (das bezieht sich nicht nur auf die Wasserturm-Initiative) das Storr-Projekt überhaupt noch verhindern können bzw. wollen. In diesem Zusammenhang haben wir sogar schon davon gehört, daß es ja ein "Erfolg" sei, zumindest für einen Teil des Turmes eine "öffentliche Nutzung" erreicht zu haben.

Dazu ist zunächst einmal festzustellen, daß die "öffentliche Nutzung" im Wasserturm keineswegs jetzt erkämpft wurde. Vielmehr war der Bezirk nach dem Widerstand gegen ein im Wasserturm geplantes Verwaltungsgebäude der Hamburger Wasserwerke 1982 und gegen den "Creative Tower" 1988 gezwungen, die rechtlichen Rahmenbedingungen enger auszulegen: Da der Turm im Baustufenplan als Grünfläche eingezeichnet ist, darf dort eigentlich (ohne einen neuen Bebauungsplan zu erstellen, was mehrere Jahre dauert) überhaupt keine kommerzielle Nutzung entstehen. Daraus wurde dann eine "überwiegend öffentliche Nutzung" und daraus die zur Hälfte rein kommerzielle Nutzung des Restaurants, der Bar und der Ateliers.

Über die verbliebenen 50% "öffentlicher Nutzung" soll nicht etwa die Öffentlichkeit entscheiden, mit dem Museum, dem Beratungsgeschoß, der "Mehrzweckhalle" und dem Schwimmbad stehen die Nutzungen schon fest. Und was das "Schwimmbad" betrifft, das als "Sauna- und Therapiezentrum" eingerichtet werden soll, so werden die Eintrittspreise sicher erheblich über den normalen Schwimmbadpreisen liegen.

Dazu kommt, daß die veranschlagten Baukosten auf dem Stand vom Mai 1990 berechnet wurden, aber zur Zeit stark ansteigen. Noch nicht berücksichtigt **wurde** bei der Finanzierung **des** Projekts der Bau des Tunnels sowie des Tunneleingangsgebäudes und die Bereitstellung von Parkplätzen. Da die gesamten Baukosten und der laufende Betrieb nur über Ateliers, Restaurant und Bar finanziert werden sollen, werden sich Kostensteigerungen beim Bau noch einmal erheblich auf die Preise der genannten Einrichtungen auswirken.

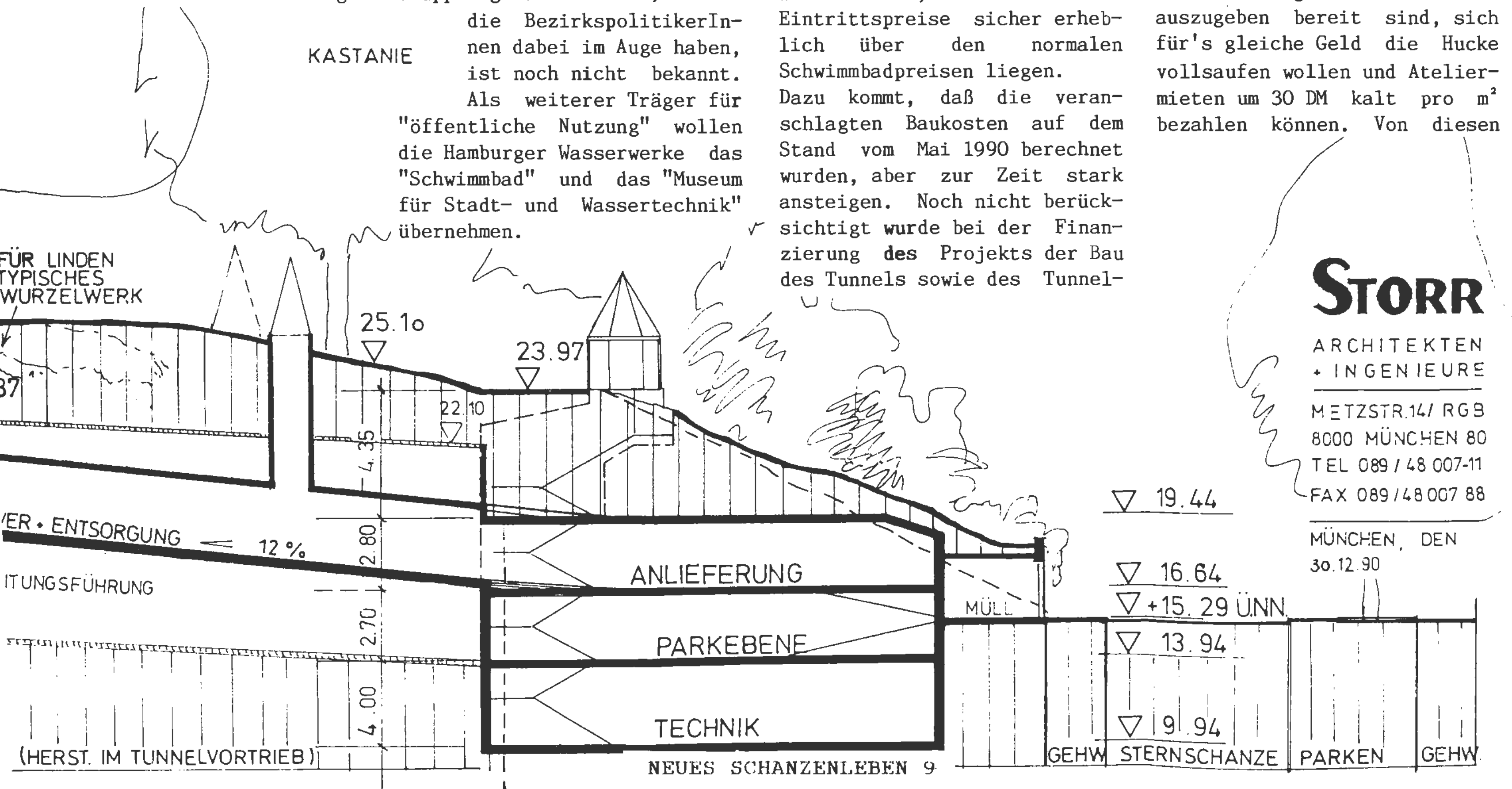
Gesamtauswirkungen des Projekts

Natürlich lassen sich keine genauen Vorhersagen über die Anzahl der Menschen machen, die durch das Storr-Projekt vertrieben werden, auch werden wir nicht sagen können, um wieviel Mark genau die Mieten in den umliegenden Stadtteilen mehr steigen als sie sowieso schon teurer werden.

Dennoch sind zwei Punkte besonders hervorzuheben:

1. Die Beeinträchtigung des Schanzenparks wird nicht nur erheblich sein, sondern er wird in seimen jetzigen Charakter völlig zerstört werden. Auch wenn alle Verantwortlichen davon reden, den Park erhalten zu wollen, wird der Park zuerst durch den ein bis zwei Jahre dauernden Umbau völlig mißgestaltet (Baufahrzeuge, Baulärm, etc.) und dann durch die täglich zum Turm tobenden mindestens 1000 BesucherInnen. Im jetzt schon sehr belasteten Schanzenviertel ist mit noch mehr Lärm und Luftverpestung aufgrund des zu erwartenden Verkehrschaos zu rechnen.

Die Zielgruppe für die kommerzielle Nutzung des Turmes ist eine exclusive Schicht. Es werden Leute sein, die mal eben 100 DM und mehr für ein Essen der "gehobenen Klasse" auszugeben bereit sind, sich für's gleiche Geld die Hucke vollsaufen wollen und Ateliermieten um 30 DM kalt pro m² bezahlen können. Von diesen



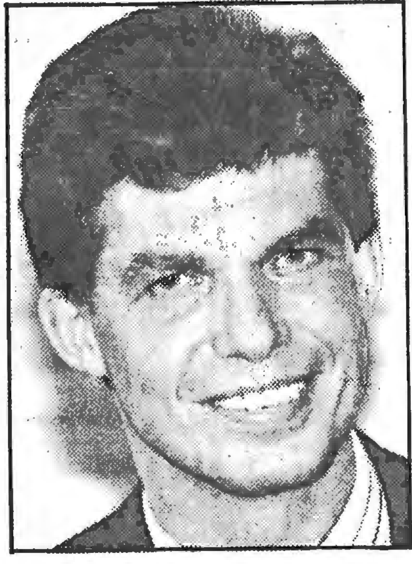
...Investor will in den Untergrund

Fortsetzung

Menschen werden mindestens 500 täglich den Park und unsere Viertel verschandeln und für einen erheblichen Aufwertungsschub sorgen.
Das Storr-Projekt ist ein Angriff auf uns. Die Gefahr besteht, daß wir vertrieben werden oder es in ein paar Jahren so ätzend ist, daß wir "freiwillig" gehen. Die städtische Politik fördert bewußt unsere Vertreibung. Um der Stadt Hamburg das Image einer Medienmetropole zu geben, verkauft der Senat alle für private Investoren attraktiven Grundstücke und Gebäude (Fleetinsel, Kehrwiederspitze, Laue-Gelände, Hertie-Quarree, Wasserturm etc.). Die Folge dieser Privatisierung sind zwangsläufig kommerzielle Schweine-Projekte, da die Privatkäufer einen hohen Gewinn aus dem investierten Kapital ziehen wollen. Auch für den Wasserturm war die Suche nach einem Investor mit der Auflage verbunden, daß das Projekt sich selbst tragen muß.

Deshalb müssen wir das Storr-Projekt verhindern!

Gleichzeitig fordern wir von der Stadt, dem Ausverkauf ein Ende zu setzen und Mittel zur Verfügung zu stellen, den Turm zu sanieren und als Industriedenkmal zugänglich zu machen.



...noch lacht er: Wasserturm-Investor Ernesto-Joachim Storr aus München

Die Frage ist nur: Wie verhindern wir das Projekt? In der Vergangenheit gab es nur Ansätze einer breiteren Widerstandsbewegung gegen das Storr-Projekt, wie z.B. der Offene Brief an Storr, der von zahlreichen Gruppen, Initiativen und GeschäftsinhaberInnen unterzeichnet wurde. Ansonsten beschränkten sich die Proteste auf einige kleinere Aktionen, an denen nur wenig Leute beteiligt waren. Auch größere Veranstaltungen zum Wasserturm, wie z.B. das Fest im Schanzenpark, blieben relativ folgenlos. Bei anderen (Groß-) Projekten sah es nicht anders aus:
Die Badehäuser an der Feldstraße konnten unbehelligt abgerissen werden, um dort ein teures Hotel zu bauen. Der Laue-Komplex wurde ohne nennenswerte Proteste verkauft, Gewerbemieten seitdem z.T. schon um 100% erhöht.
Das Problem ist, daß Auswirkungen einer übergreifenden Stadtplanungs- und Stadterneuerungspolitik immer nur an einzelnen Punkten sichtbar sind: Hier wird eine Miete erhöht, dort schließt ein Laden, wieder woanders werden Häuser abgerissen. Bald sieht mensch den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr, viele Einzelaktionen bleiben folgenlos und Protest regt sich auch erst, wenn die Bagger anrükken, wenn also Veränderungen direkt sichtbar werden. Nur in Ausnahmefällen gelang es, den Planungen frühzeitig etwas entgegenzusetzen (z.B. Mehrzweckhalle).
Deswegen sehen wir verstärkt die Notwendigkeit, der städtischen Sanierungs- und Umstrukturierungspolitik jetzt geschlossener entgegenzutreten:

Als Plattform schlagen wir ein monatliches Umstrukturierungs-Plenum vor (siehe untenstehenden Aufruf).

Was den Wasserturm betrifft, ist es auch gerade in nächster Zeit wichtig, verstärkt Aktionen zu machen. Denn Storr will noch dieses Jahr anfangen zu bauen. Dabei hat er keine grundsätzlichen planungsrechtlichen Hürden mehr zu nehmen. Wenn Storr den Bauantrag für sein Projekt stellt, wird es aber noch mal eine Kerngebietsausschuß-Sitzung geben, die sich mit dem Wasserturm befaßt, und bei der unbedingt deutlich werden muß, daß wir sie nicht ungestört weiterplanen lassen. Wichtig ist auch dabeizusein, wenn der Bezirk Gruppen einlädt, um sie für das "Beratungsgeschoß" im Wasserturm zu gewinnen.
Also: Kein Gericht, keinE BezirkspolitikerIn, keine SenatorIn kann und will das Storr-Projekt noch aufhalten, verhindern müssen wir es!
Bildet Banden, kommt zum Plenum, macht Aktionen! Venceremos!

Wir treffen uns montags um 20.00 im Stadtteilcafé Frau Döse, Bartelsstr. 10.

Plenum gegen Umstrukturierung

Die Zeit ist längst gekommen, der städtischen Sanierungspolitik geschlossener entgegenzutreten. Gerade jetzt:

- nach Gründung der STEG
- bei allen Unklarheiten über die Zukunft der Hafenstraße und der Roten Flora
- Randbebauung Flora
- Abriß der Badehäuser an der Feldstraße, um das Hotel hochzuziehen
- Umbau des Wasserturms (als erste Baumaßnahme wurde gerade ein Tunnel durch den Schanzenpark genehmigt)
- Quarree Ottensen
- Lama (Karoviertel)
- Laue (Schanzenviertel)
- Wohnungssanierungen und Mietpreiserhöhungen

... um nur einige aktuelle Beispiele zu nennen.

Wir wollen mit Euch ein **neues Plenum** (jeden ersten Montag im Monat) ins Leben und in den Kampf rufen, das sich inhaltlich und informativ mit Umstrukturierung bzw. Sanierung der Viertel der "Westlichen Inneren Stadt" (WIS = Altona, St. Pauli, Karo- und Schanzenviertel) auseinandersetzt.

Dazu stellen wir uns vor, mit VertreterInnen aus Gruppen und interessierten Einzelpersonen eine **verbindliche Plattform** zu schaffen, von der aus diskutiert, informiert und agiert wird.

Die Erarbeitung von **theoretischem Hintergrund** zum Thema kommt in vielen Gruppen wegen aktueller Fragen und Aktionen zu kurz. Wir wollen dieses Plenum nutzen, um jeweils bestimmte Schwerpunkte zu vertiefen. (Z.B. Einschätzung und Verhalten gegenüber der STEG intensiver klären; die Sanierungspolitik umfassender zu diskutieren: Verbindung von Großprojekten und Wohnungspolitik / Mietwucher etc.; Zukunftsplanung des Senats wie WIS-Papier, Olympia-Gutachten, Einführung einer "Millieuschutzsatzung"; was sind unsere Vorstellungen von Sanierung?)

Desweiteren ist der **Informationsfluß** zwischen den einzelnen Gruppen, die gegen Großprojekte Kämpfen oder zur Umstrukturierung arbeiten, meistens eher mager.

Auf dem Plenum kann der Stand der Dinge ausgetauscht werden, zur Unterstützung von Aktionen mobilisiert werden und gemeinsam neue **Aktionen geplant und koordiniert** werden.

Das wäre eine Möglichkeit, den Widerstand effektiver voranzutreiben und breiter zu mobilisieren.

Damit das Ganze gut läuft, muß eine gewisse Verbindlichkeit und Kontinuität bei der Teilnahme der Einzelpersonen und GruppenvertreterInnen hergestellt werden. Aus den Gruppen kommen jeweils ein bis zwei möglichst feste (oder zumindest informierte) Deligierte, die wiederum die Rückkopplung mit der eigenen Gruppe gewährleisten. Die Schwerpunktthemen können von Einzelnen / Gruppen vorbereitet werden. Was uns wichtig ist und wie wir weiter vorgehen, muß im Plenum besprochen werden.

ALSO:
Um unsere gemeinsamen Vorstellungen und Ideen auszutauschen und den Stein ins Rollen zu bringen, schlagen wir ein erstes gemeinsames Treffen vor:

Montag, 4. März 91
19.30 Uhr

Gemeindesaal der Friedenskirche Altona, Am Brunnenhof 2

Themensschwerpunkt:

1 Jahr STEG - Anspruch und Wirklichkeit

HÄNDE WEG VON DER B5

DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN LEBEN!

Am 6.3.1991 soll die Brigittenstr.5 im Amtsgericht, Sievekingplatz 1 um 9.30 Uhr zwangsversteigert werden.
Kurz zur Geschichte:
Bereits 1983/84 versuchte ein Spekulantentrio, das das Haus mit hohen Krediten von der Haspa erwarb, im Rahmen eines Bauherrenmodells luxuszusanieren. Weiterhin wurde die Baulücke zwischen Brigittenstr.3 und 5,für die es eine Baugenehmigung gibt, an Spekulanten verkauft. Seit 1983 bestehen Abgeschlossenheitserklärungen, die es ermöglichen, Wohnraum in Eigentumswohnungen umzuwandeln.
Wegen Zwist und Verschuldung ging die Rechnung der Spekulanten nicht auf. Sie liessen das Haus völlig verrotten und führten nicht einmal die nötigste Instandhaltung durch. Ihre Gläubigerin , die Haspa erwirkte vor einem Jahr die Zwangsverwaltung. Nun steht die Zwangsversteigerung (Schätzwert für das Haus 1/2 Million) vor der Tür !
Der Besitzerwechsel wird alles andere als harmlos sein! Für die MieterInnen steht Luxussanierung und eine permanente Bedrohung mit Räumungsklagen an. Für den Stadtteilladen, der nur ein Gewerbemietvertrag hat, ist es das Aus innerhalb der nächsten drei Monaten!
Das nehmen wir nicht hin!



Das Haus und der Laden wurde in fünf Jahren von vielen Leuten bewohnbar gemacht und gehalten. In aufwendiger Arbeit wurde der Stadtteilladen aufgebaut.Im hinteren Gebäude entstand ein Sportraum, der jetzt zum nicht kommerziellen Kino wird. Frühere Zwangsversteigerungstermine wurden von uns abgebügelt, indem wir teilweise Schulden (Versäumnisse in z.B. Wasserrechnungen) der Hausbesitzzer bezahlt haben.
Die politische Bedeutung des Ladens im Stadtteil liegt darin, daß er seit mittlerweile 5 Jahren einen Raum darstellt, wo unabhängige Kultur, politische Veranstaltungen etc. stattfinden können. Volxküche,Kneipe, Filme ,Konzerte und Ditschko sind aus St. Pauli Nord nicht mehr wegzudenken! Wir brauchen hier Treffpunkte, um uns gegen die kapitalistische Gesellschaft zu organisieren und unser Leben leben zu können.
Trotz aller Widersprüche, Hoch und Tiefs und Cliquenwirtschaft will der Laden offen sein für unorganisierte und organisierte Menschen. Wir werden das Haus den Spekis nicht kampflos überlassen, aber sicher keinen einfachen Kampf zu führen haben.
Deshalb brauchen wir Eure Solidarität und mehr denn je Menschen,die den Laden mit viel Power und Phantasie nutzen wollen!
Die jetzige Bedrohung des Hauses und Ladens steht im Zusammenhang mit dem Stadtteilausverkauf an Profithaie im Rahmen des W.I.S.-Projekts. Wir sehen auch den von uns zu entwickelnden Widerstand im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Umstrukturierung und um Durchsetzung selbstbestimmter Wohn- und Lebensräume, im Zusammenhang mit dem Kampf der ROTEN FLORA, des Hafens, der JäPa und dem Aufbau einer breiten MieterInnenbewegung.
Wir wollen das Haus und den Laden möglichst in Selbstverwaltung als billigen Wohn- und Lebensraum erhalten. Ob und wie wir das durchsetzen können, wollen wir mit vielen Menschen entwickeln. Dabei geht es darum, die Stadtteilstrukturen zu stärken und zu verbessern, bis hin zu einer breiten Mietboykottbewegung.
Die unermeßlichen Mietsteigerungen, die Zwangsräumungen sind Mittel einer Vertreibungspolitik gegen die Menschen, die hier leben. Wir sollen gezwungen werden, mehr zu schuften, um die Mieten zu zahlen und um in unseren Wohnungen nach der Arbeit abzustumpfen. Genau deshalb ist es wichtig den Widerstand breit zu organisieren.
Als erstes versuchen wir, im Laden und Haus die Zwangsversteigerung mit juristischen Mittel zu kippen. Aber auch dann gibt es noch andere Ansätze, wie wir die Pläne der Spekulanten zum Wackeln bringen können.

VERJAGT DIE SPEKULANTEN

Zum Nachbearbeitungstreffen laden wir
Euch alle ein in die
Brigittenstr.5 am 06.03.1991
um 19.oo Uhr
in Massen zu kommmen!
HAFEN BLEIBT - FLORA AUCH - B5
bleibt UNSA !!
WIR BLEIBEN DRIN BASTA !!

NACHBARIN BLEIB HEITER, DER WIDERSTAND WIRD BREITER?

Davon war allerdings beim ersten großen MieterInnenratschlag am 29.1. nicht sonderlich viel zu merken. Und wir fragen uns natürlich, wieso nur zwölf Leute kamen. Zu wenig Öffentlichkeitsarbeit, mangelnde Betroffenheit oder die Banalität des Themas angesichts des real existierenden Wahnsinns imperialistischer Politik, der sich zur Zeit in Form des Massenmords am Golf so offen präsentiert und doch auf zu wenig organisierten Widerstand trifft. Zugegeben, auch uns fiel es bei der Vorbereitung des Treffens oft schwer, beim Thema zu bleiben und die Notwendigkeit des Widerstands im Viertel gegen Spekulanten, Miethaie und Umstrukturierung nicht aus dem Auge zu verlieren. Nichtsdestotrotz kam schnell einiges auf den Tisch, was uns in den Häusern rund ums Schulterblatt so bewegt:

* das bisher recht erfolgreiche Vorgehen einiger MieterInnen gegen überhöhte Mieten. Überall dort, wo die Mieten 20% oder mehr über dem entsprechenden Mietspiegelniveau liegen, sollte mensch nach rechtlicher Beratung (zum Beispiel durch Mieter Helfen Mietern) gegen den jeweiligen Vermieter vorgehen.

* Beispiele von Mietminderungen bis zu 30% und funktionierenden Hausgemeinschaften, die sich gemeinsam gegen Vermieterschweinereien zur Wehr setzen

* wie kann mensch gegen Eigenbedarfskündigungen ,Hausverkäufe und Mietsteigerungen durch Modernisierung vorgehen oder zum Beispiel eine Wohngemeinschaft " legalisieren"?

* auf jeden Fall abur wurde klar, daß es eines verstärkten Informationsaustausches unter den aktiven MieterInnen bedarf, um erfolgreiche Beispiele zu verbreiten und evtl. auch die Bemühungen in einzelnen Häusern zu koordinieren.(An dieser Stelle einer Gruß an die MacherInnen der



Conle-Zeitung "die Mieter-Nummer" - schaut doch mal vorbei und erzählt von euren Erfahrungen).

* einen großen Informationsbedarf gab es auch zum Stand der Planungen in Sachen Wasserturm (welcher ja nun für 1,- DM an den Investor Storr aus München verkauft wurde), der Laue-Häuser (die zum Teil von Dabelstein schon wieder verkauft wurden) oder der anstehenden Verkehrsberuhigung des Schulterblatts , die am 30.1. im Verkehrsausschuß beraten werden sollte.

* interessant war der Bericht einer Mieterin aus der Beckstraße, deren Haus jetzt von der STEG modernisiert werden soll. Nach einigen Hausversammlungen einigten sich die MieterInnen auf gemeinsame Vorstellungen, was die Instandsetzung ihres Hauses angeht. Bei einer Besprechung mit einem Vertreter der STEG zeigte sich jedoch, wie wenig dieselbe an MieterInnenmitwirkung interessiert ist und daß sie letztendlich nur das "normale" Sanierungsprogramm der Stadt durchziehen und allenfalls schmackhaft verpacken soll.

Viele Fragen, Informationen und Ansätze also - aber bisher leider zu wenig Leute, die die Zeit und Energie haben, sich kontinuierlich dem MieterInnenkampf zu widmen. So wurde vorerst ein monatliches Treffen vereinbart - das nächste Mal am

Donnerstag, den 28. 2. um 20. Uhr wieder im Spielplatzhaus in der Bartelsstraße.

Trotz des lauen Neubeginns jedoch, stellt die MieterInnenini doch wohl jetzt schon ein ungeheures Gefahrenpotential für die Hausbesitzer, Spekulanten, Sanierer und ihren Staat dar:
Als zwei von uns in verbrecherischer Art und Weise des Nächtens aufrührerische Ankündigungen des MieterInnenratschlags an die Wände des Schanzenviertels klebten, mußten vier zivile Helden der Polizeiwache Lerchenstraße (E-Schicht) einschreiten, um den Bestand der demokratischen Herrschaftsordnung zu sichern - ich frage mich, wann sie die nächtliche Ausgangssperre für unsere Viertel einführen.

CAFE DÖSE INFORMIERT:

Das Café Frau Döse gibt's nun schon seit über zwei Jahren als kollektiv getragenes, nichtkommerzielles Info- und Stadtteilcafé. Vier Gruppen und einige Einzelleute schaffen es zur Zeit, daß das Café fast täglich geöffnet ist.
Im Dezember haben wir die Räume wieder renoviert und eine Ausstellungswand eingerichtet, die für wechselnde Ausstellungen genutzt werden soll. Ab Mitte Februar wollen wir möglichst regelmäßig Wochenendveranstaltungen zu verschiedenen politischen oder kulturellen Themen machen. Da das "Döse" mit 20 bis 30 Leuten bereits voll ist, können auch spezielle Themenbereiche behandelt werden, die nicht unbedingt das Massenpublikum anziehen. Bis Mitte März gibt's also erstmal Veranstaltungen über Problematiken im Stadtteil St. Pauli und zwei Dia-Vorträge über Stadterneuerung in anderen europäischen Ländern (s. Termin-Seite).

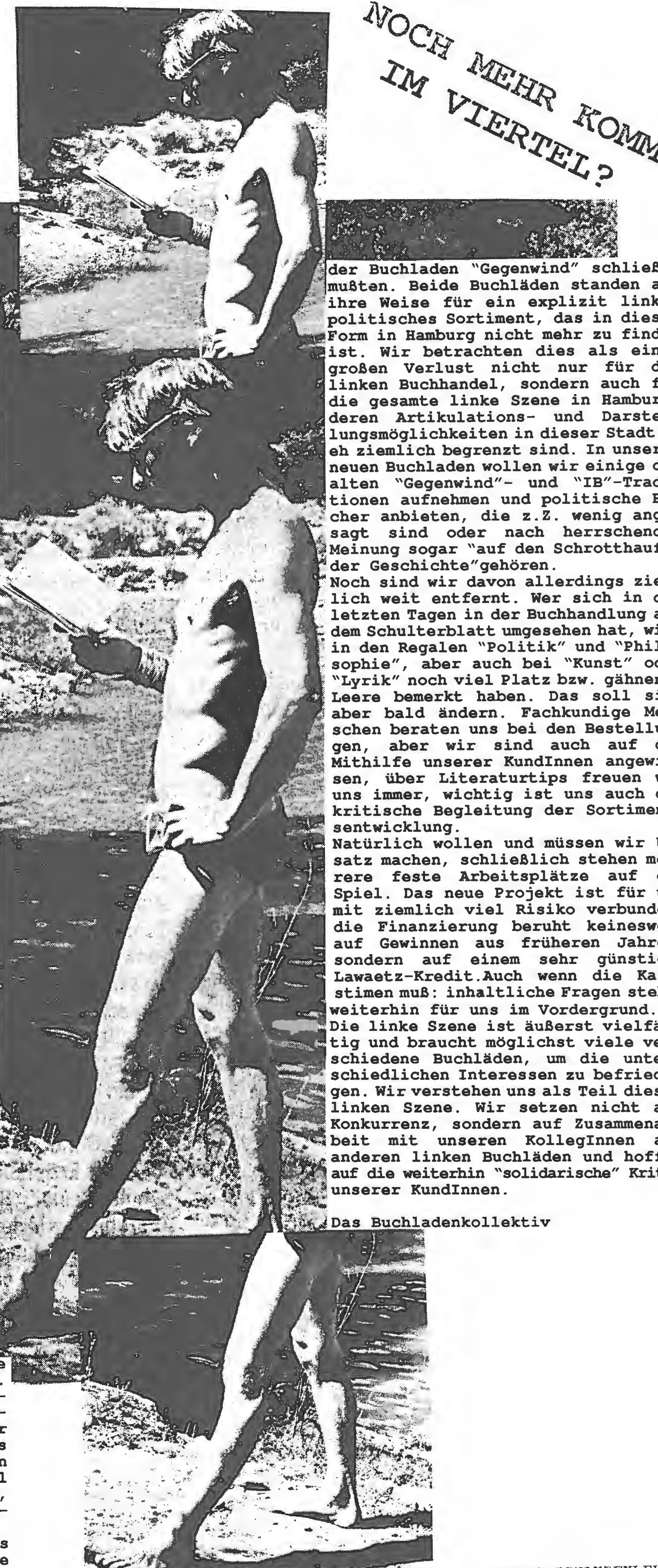


Trotz aller Power haben wir immer noch Probleme mit der Café-Schichtenbelegung. Es wäre gut, wenn noch zwei bis drei Gruppen sich am Café beteiligen würden; wir haben auch noch zwei Abendtermine frei für Gruppentreffen. Einzelne Interessierte, die mitmachen wollen, sind natürlich auch immer gern gesehen. Letztlich hängt davon ab, ob das Café im Frühjahr und Sommer weitermachen kann, weil die Raumkosten gedeckt werden müssen.
Wer was ausstellen will, Vorschläge für weitere Veranstaltungen hat oder mitmachen will, kann sich im Café melden oder zum nächsten Plenum am 10. März, 20.00 Uhr, ins Café kommen.



NEUER BUCHLADEN IM SCHULTERBLATT:

NOCH MEHR KOMMERZ IM VIERTEL?



Die Druckerei ist für viele Leute im Schanzenviertel eine feste Institution. Selbst wer selten Spielzeug oder Bücher kauft, kennt den Laden in der Schanzenstraße, befindet sich doch dort einer der wenigen Fotokopierer im Viertel. Dieses arg strapazierte Gerät hat schon so manche Flugblatt-Produktion über sich ergehen lassen - gelegentlich sogar nachts. Der Buchladen wird im Viertel als linker, alternativer Laden akzeptiert, obwohl es immer wieder Diskussionen mit KundInnen gab, wo denn nun beim Sortiment die "Kommerzkultur" anfängt: bei jedem Buch über DM 30, bei Simmel und Konsalik oder wenn wir Betty Mahmoody's "Nicht ohne meine Tochter" verkaufen?

Nach einem Probelauf im Dezember haben wir nun am 1. Februar eine Buchladen-Filiale auf dem Schulterblatt eröffnet. Da rätseln natürlich viele Leute: Wo haben die eigentlich die Kohle her, der Laden muß ja eine Goldgrube sein! Deshalb ein paar Sätze zu unserer Geschichte und den Hintergründen für die Erweiterung.

DIE DRUCKEREI, Buchhandlung und Spielzeugladen, gibt es bereits seit über 10 Jahren. Die meisten KundInnen sehen uns als Einheit, doch es handelt sich um zwei selbständige, voneinander unabhängige Unternehmen. Klar, daß uns mehr verbindet als nur gemeinsamer Name und gleiche Adresse, aber jeder Laden hat auch seine eigene, besondere Geschichte.

In der Buchhandlung gab es anfangs nur Kinder- und Jugendbücher zu kaufen, erst später kamen andere Bereiche wie Belletristik, Politik, Frauenbücher dazu. Das Sortiment wuchs auch mit dem Viertel und seinen BewohnerInnen. Nachfragen nach bestimmten Titeln stießen uns mit der Nase auf Lücken im Angebot oder auch auf den neuesten Szene-"Renner".

In den letzten ein bis zwei Jahren stießen wir jedoch immer stärker an die Grenzen unserer Räumlichkeiten. Wir sind als Kinder- und Jugendbuchhandlunginzwischen weit über die Grenzen des Viertels hinaus bekannt und machen einen wichtigen Teil unseres Umsatzes mit Kindergärten und Schulen. Gleichzeitig wollten wir aber auch das allgemeineSortiment - und hier besonders die sträflich vernachlässigte Politik-Ecke - erweitern und verbessern.

Es entstand die Idee, den Laden zu teilen in Kinderbuch/Pädagogik einerseits (Schanzenstraße) und Literatur, Politik etc. andererseits (Schulterblatt), um endlich Platz für Erweiterungen, neue Ideen und "heimliche Lieben" zu haben: eine Abteilung Kunst/Theater/Film, eine Ecke für Biographien, mehr Gedichte...

Dazu kam noch, daß das für Außenstehende scheinbar so interessante BuchhändlerInnen-Leben leider voller Routine ist. Die meisten von uns arbeiten seit 5 bis 10 Jahren in diesem Laden und wollten endlich mal wieder was Neues, Spannendes machen, um sich auch persönlich weiterentwickeln zu können.

Das neue Projekt nahm Gestalt an, als im letzten Jahr die "Internationale Buchhandlung" und danach auch noch der Buchladen "Gegenwind" schließen mußten. Beide Buchläden standen auf ihre Weise für ein explizit linkes politisches Sortiment, das in dieser Form in Hamburg nicht mehr zu finden ist. Wir betrachten dies als einen großen Verlust nicht nur für den linken Buchhandel, sondern auch für die gesamte linke Szene in Hamburg, deren Artikulations- und Darstellungsmöglichkeiten in dieser Stadt ja eh ziemlich begrenzt sind. In unserem neuen Buchladen wollen wir einige der alten "Gegenwind"- und "IB"-Traditionen aufnehmen und politische Bücher anbieten, die z.Z. wenig angesagt sind oder nach herrschender Meinung sogar "auf den Schrotthaufen der Geschichte"gehören.

Noch sind wir davon allerdings ziemlich weit entfernt. Wer sich in den letzten Tagen in der Buchhandlung auf dem Schulterblatt umgesehen hat, wird in den Regalen "Politik" und "Philisophie", aber auch bei "Kunst" oder "Lyrik" noch viel Platz bzw. gähnende Leere bemerkt haben. Das soll sich aber bald ändern. Fachkundige Menschen beraten uns bei den Bestellungen, aber wir sind auch auf die Mithilfe unserer KundInnen angewiesen, über Literaturtips freuen wir uns immer, wichtig ist uns auch die kritische Begleitung der Sortimentsentwicklung.

Natürlich wollen und müssen wir Umsatz machen, schließlich stehen mehrere feste Arbeitsplätze auf dem Spiel. Das neue Projekt ist für uns mit ziemlich viel Risiko verbunden, die Finanzierung beruht keineswegs auf Gewinnen aus früheren Jahren, sondern auf einem sehr günstigen Lawaetz-Kredit.Auch wenn die Kasse stimen muß: inhaltliche Fragen stehen weiterhin für uns im Vordergrund.

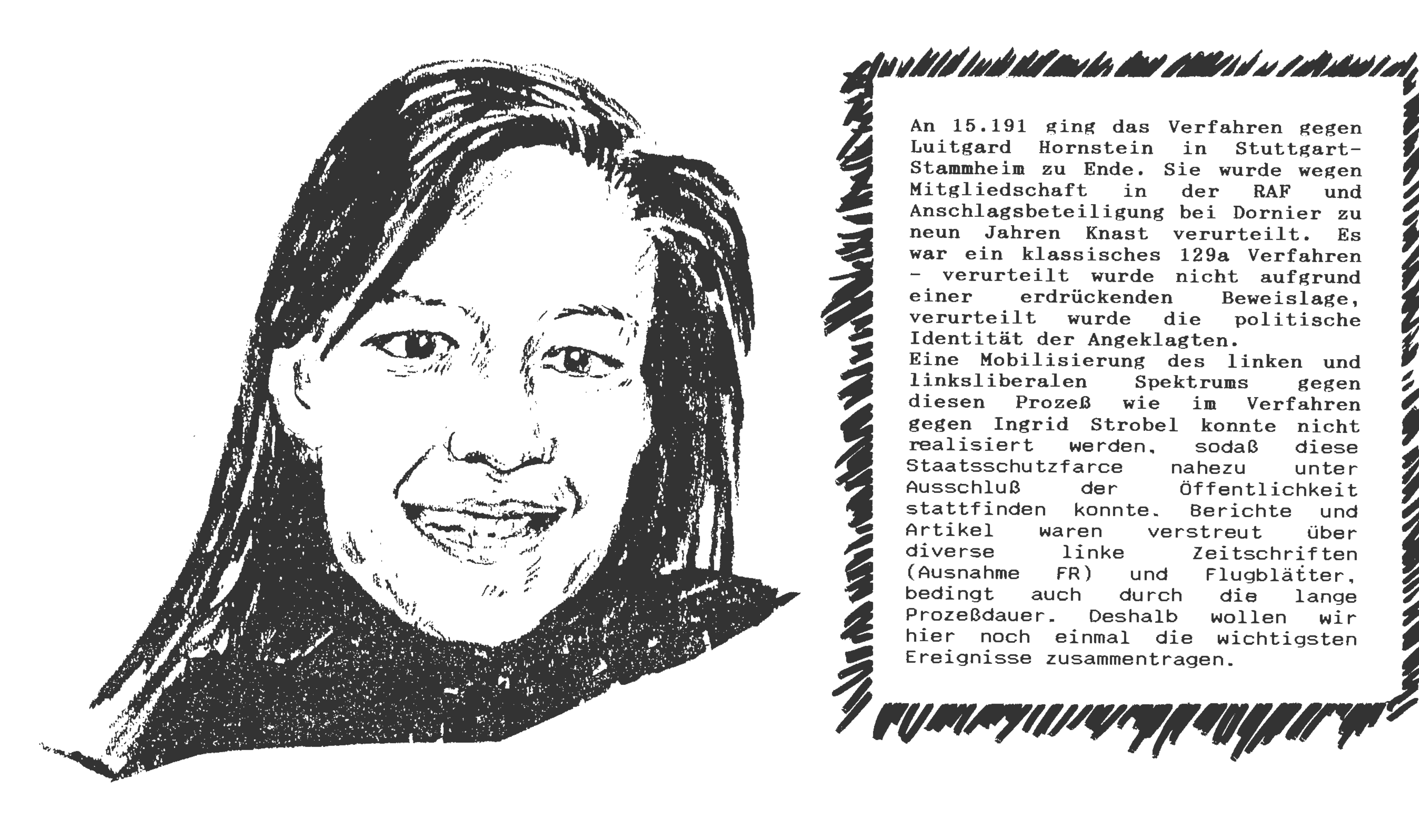
Die linke Szene ist äußerst vielfältig und braucht möglichst viele verschiedene Buchläden, um die unterschiedlichen Interessen zu befriedigen. Wir verstehen uns als Teil dieser linken Szene. Wir setzen nicht auf Konkurrenz, sondern auf Zusammenarbeit mit unseren KollegInnen aus anderen linken Buchläden und hoffen auf die weiterhin "solidarische" Kritik unserer KundInnen.

Das Buchladenkollektiv



den Zaubertrank
LIEBER BUNTE HÄUSER ALS
SCHWARZ Rote Goldene Fahnen
SCHLUß mit den BOMBARDIERUNGEN
El Salvador
HAFENSTRASSE
You'll never walk alone
HAMBURG
ist wie


ALLES SCHÖNE IM LEBEN
HAT EINEN HAKEN:
ES IST ... ILLEGAL
UND FÜR ... ZU HABEN
HAFENSTRASSE
BLEIBT
Für den FRIEDEN!
Wer was verändern will
SOLIDARITÄT
ALLERLIEBSTE ★ HAFENSTRASSE
BLUTENDEM HERZEN ERFUHR ICH VOM SCHICK-
LSSCHWEREN ENDE DEINER BEZIEHUNG MIT
R HAFENRAND GMBH. DURCHTRIEBEN
AT SIE DICH JAHRELANG HINTERGANGEN UND
TROGEN UND AM 7 JANUAR VOR DEM LANDES
RICHT MIT ERSTUNKENEN UND ERLOGENEN
WEISEN DIE FORMALE TRENNUNG VOLLZOGEN
WEISST ABER AUCH, DASS IHRE ABSICHTEN IMMER
LAUTER, IHR ZIEL IMMER DEIN HERZELEID WAR. DENK
AN: GESCHEITERT SIND DIE VERTRÄGE, NICHT DU.
GE DEINE GRAZIE UND KRAFTVOLLE AUSSTRAH-
NG AUF EWIG MEIN HERZ ERHELLEN. SOLLTEN
S AUCH VIERTEL TRENNEN: DURCH TREUE BANDE
WIG ENG UMSCHLUNGEN
OTE FLORA LIEBT HAFENSTRASSE
HAFENSTRASSE
BLEIBT
Internationale
VölkerWohnzentrale
HAFENSTRASSE
LIGA ohne FC St.PAULI
ohne Angst
Wasser ein lob
BARSCHEL
ST. PAULI IST
MEHR ALS NUR
FICKLÄDEN!



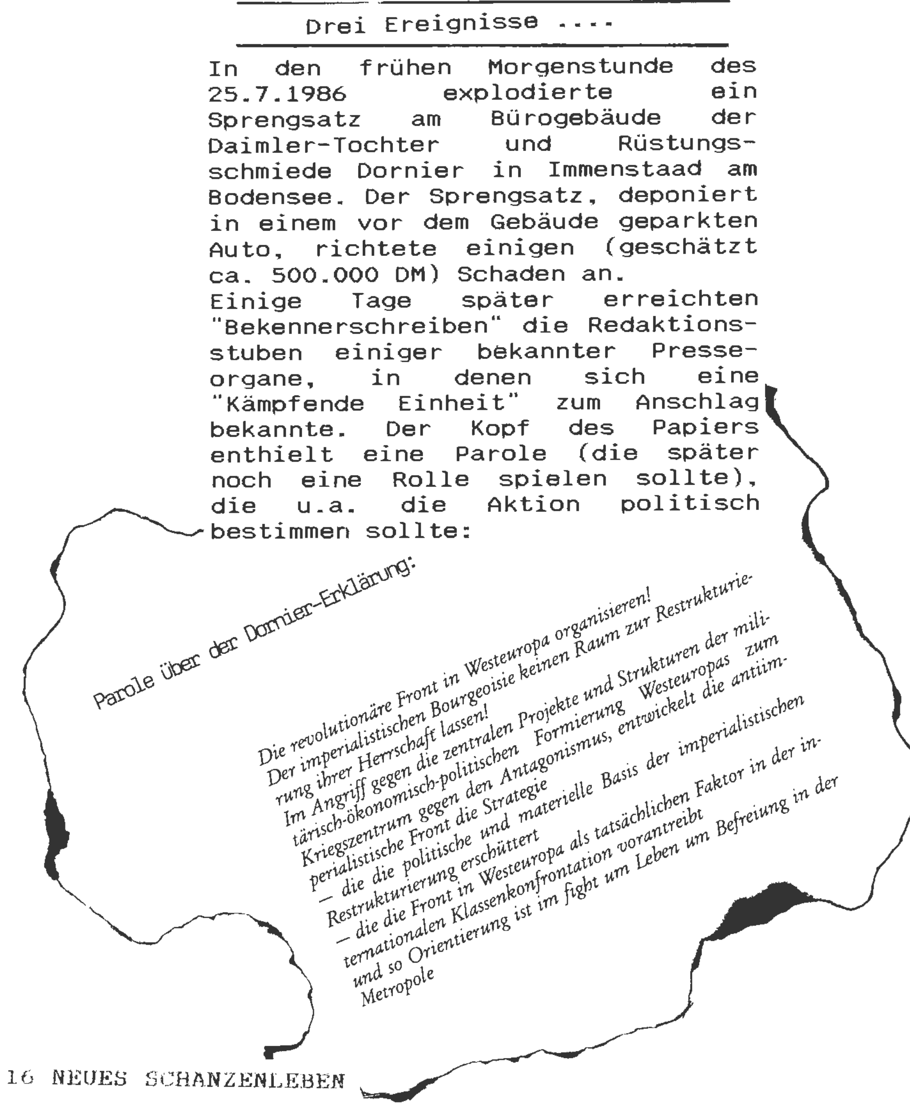
An 15.191 ging das Verfahren gegen Luitgard Hornstein in Stuttgart-Stammheim zu Ende. Sie wurde wegen Mitgliedschaft in der RAF und Anschlagsbeteiligung bei Dornier zu neun Jahren Knast verurteilt. Es war ein klassisches 129a Verfahren - verurteilt wurde nicht aufgrund einer erdrückenden Beweislage, verurteilt wurde die politische Identität der Angeklagten.
Eine Mobilisierung des linken und linksliberalen Spektrums gegen diesen Prozeß wie im Verfahren gegen Ingrid Strobel konnte nicht realisiert werden, sodaß diese Staatsschutzfarce nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden konnte. Berichte und Artikel waren verstreut über diverse linke Zeitschriften (Ausnahme FR) und Flugblätter, bedingt auch durch die lange Prozeßdauer. Deshalb wollen wir hier noch einmal die wichtigsten Ereignisse zusammentragen.

"WIR KÄMPFEN HIER IMMER AUS DER DEFENSIVE, GEGEN DIE ARROGANZ DER MACHT."

(LUITGARD HORNSTEIN)

Drei Ereignisse ....

In den frühen Morgenstunde des 25.7.1986 explodierte ein Sprengsatz am Bürogebäude der Daimler-Tochter und Rüstungsschmiede Dornier in Immenstaad am Bodensee. Der Sprengsatz, deponiert in einem vor dem Gebäude geparkten Auto, richtete einigen (geschätzt ca. 500.000 DM) Schaden an.
Einige Tage später erreichten "Bekennerschreiben" die Redaktionsstuben einiger bekannter Presseorgane, in denen sich eine "Kämpfende Einheit" zum Anschlag bekannte. Der Kopf des Papiers enthielt eine Parole (die später noch eine Rolle spielen sollte), die u.a. die Aktion politisch bestimmen sollte:



Parole über der Dornier-Erklärung:

Die revolutionäre Front in Westeuropa organisieren!
Der imperialistischen Bourgeoisie keinen Raum zur Restrukturierung ihrer Herrschaft lassen!
Im Angriff gegen die zentralen Projekte und Strukturen der militärisch-ökonomisch-politischen Formierung Westeuropas zum Kriegszentrum gegen den Antagonismus, entwickelt die antiimperialistische Front die Strategie
– die die politische und materielle Basis der imperialistischen Restrukturierung erschüttert
– die die Front in Westeuropa als tatsächlichen Faktor in der internationalen Klassenkonfrontation vorantreibt
und so Orientierung ist im fight um Leben um Befreiung in der Metropole

Der Frontbegriff war zu jener Zeit Diskussionsthema in der antiimperialistischen und antikapitalistischen Linken.

Die sofort gebildete Sonderkommission "Dornier" tappte zunächst im Dunkeln - bis ihr zwei Zufälle zur Hilfe kamen:
Am 2.8.1986 verhaftete ein SEK-Kommando in einem Rüsselsheimer Eiscafe die in der Illegalität lebende RAF-Angehörige Eva Haule und die Legalen Luitgard Hornstein und Christian Kluth, beide kommen aus dem Düsseldorfer antiimperialistischen Spektrum. Die drei hatten sich dort zur Diskussion über Strategien und Erfahrungen der antikapitalistischen und antiimperialistischen Linken und über Probleme und Aspekte des Lebens in der Illegalität treffen wollen.
Für Chris war dies allerdings das zweite (und schwerwiegendere) Mal innerhalb von drei Wochen, daß er verhaftet wurde. Am 17.7.1986 morgens um 2 Uhr wurde er bei einer Kontrolle durch Zivilbullen in der Nähe der Düsseldorfer Kiefernstr. festgenommen und Papiere, die er bei sich hatte, beschlagnahmt. Die Papiere enthielten u.a. eine handschriftliche Parole, ähnlich

der im Bekennerschreiben aufgetauchten. Die Soko Dornier verfolgte selbstverständlich auch diese Spur und rollte die Düsseldorfer Antiimp-Scene, das persönliche und politische Umfeld von Luitgard und Chris und die Kiefernstr. mit ihren Ermittlungen auf.
Eine ihrer Fragestellungen war, wer die Adressen auf die Umschläge der Bekennerschreiben geschrieben hatte. In diesem Zusammenhang kamen die Ermittler auf Andrea Sievering, eine Freundin von Christian Kluth. Die BKA-Schriftsachverständige Wagner dazu: "Möglicherweise ist Andrea Sievering die Schrifturheberin". Möglicherweise heißt in der Terminologie von Sachverständigen: wahrscheinlich nicht !
Ein anderes Schriftgutachten des BKA stellte fest: Der mutmaßliche Schreiber der bei Christian gefundenen Parole könnte Rico Prauss gewesen sein, auch er bekannt mit Andrea und Luitgard. Nur: die Parole war so oder in ähnlicher Form in antiimperialistischen Kreisen weit verbreitet, an der damaligen "Front"-Diskussion nahmen bundes- und europaweit wohl einige 1000 Menschen teil.
Im April 87 zog das BKA die Konsequenzen aus den dürftigen Indizien und den kaum aussagefähigen Schriftgutachten. Es stellte die Ermittlungen im Fall Dornier ein, da ein "konkreter Tatverdacht gegen bestimmte Personen nicht bestehe".
Für Andrea Sievering und Rico Prauss hatte dies zur Folge, daß sie weiter unbehelligt draussen leben konnten. Für Christian Kluth und Luitgard Hornstein hatte somit nur das gemeinsame Eisessen und ihr Wille zur Diskussion mit einer Frau aus der RAF Konsequenzen. Alle wurden wegen Mitgliedschaft in der RAF angeklagt, Eva Haule zusätzlich wegen Beteiligung auf den mißlungenen Anschlag auf die Nato-Schule in Oberammergau. Christian und Luitgard wurden dagegen keine Straftaten im herkömmlichen Sinne unterstellt.

.....und wie sie zusammengebogen werden.

Im Dezember 87 stand das Verfahren gegen Christian Kluth, Luitgard Hornstein und Eva Haule kurz vor dem Abschluß. Da bekam die Bundesanwaltschaft (BAW) Wind von der Existenz eines Hamburger Gutachters namens ONCKELMANN, der der Justiz schon manchen Liebesdienst erwiesen hat. Dazu Luitgards damaliger Anwalt:" Erst nachdem das Verfahren insoweit nahezu abgeschlossen war, gelangte es offentsichtlich zur Kenntnis der BAW, daß es in Hamburg einen Schriftgutachter gibt, der in der Lage war, jedes gewünschte Ergebnis zu produzieren." Am 3.12.1987 beauftragte die BAW Onckelmann zu begutachten, ob Andrea Sievering nicht doch die Briefumschläge beschriftet habe. Noch vor Weihnachten kam die Antwort in Karlsruhe an: Mit 100%-iger Wahrscheinlichkeit hat Andrea Sievering die Umschläge beschriftet, gutachtete Onckelmann. Prompt wurde sie mit Rico Prauss zusammen am 17.12.1987 inhaftiert.



An diesem Tag schlug die BAW auch gegen andere Menschen, die sich mit "anschlagsrelevanten" Themen beschäftigen, zu. Ingrid Strobel und Ulla Penselin wurden verhaftet, diverse Läden und Wohnungen durchsucht.
Die BAW konstruierte nun, obwohl sich bis auf das Onckelmann-Gutachten nichts an der Beweislage im Fall Dornier geändert hatte, flugs eine "Tätergruppe" Kluth,Prauss und Sievering. Gegen Christian wurde sofort die Beweisaufnahme zu Dornier eröffnet, Luitgard wurde aus formalrechtlichen Erwägungen des Stuttgarter Oberlandesgerichts nicht mehr wegen Dornier angeklagt.
Im Juni 88 wurde Eva Haule zu 15 Jahren verurteilt, Christian bekam 10 Jahre wegen Mitgliedschaft und Dornier und Luitgard 4 Jahre wegen Mitgliedschaft.

Je härter desto besser

4 Jahre Knast waren der BAW offenbar nicht genug. Sie ging in Revision vor den Bundesgerichtshof. Der BGH wollte die formalrechtlichen Bedenken (wir haben nicht rausgekriegt welcher Art diese waren,d. Red.) des OLG nicht teilen. Mit der Entscheidung vom 8.11.1989 verwies der BGH das Verfahren nach Stammheim zurück: "Aus dem Inhalt der Anklage ergibt sich, daß mit ihr dem Oberlandesgericht als Lebenssachverhalt Handlungen der Angeklagten Hornstein zur Prüfung und Aburteilung unterbreitet worden sind, die falls die Angeklagte an dem Explosionsverbrechen zum Nachteil der Firma Dornier beteiligt war, als Ausführung dieses Verbrechens bewertet werden können."
Damit wurde auch Luitgard in die Tätergruppe Kluth, Sievering,Prauss und "möglicherweise Andere" konstruiert. Damit war auch klar, daß in ihrem Prozeß das Verfahren gegen die zu diesem Zeitpunkt bereits rechtskräftig verurteilten Sievering und Prauss von der Verteidigung und der BAW noch einmal aufgerollt werden würde. Nur wenn auch dieses Gericht die Tatbeteiligung der drei an der Dornier-Aktion bestätigt, kann es auch Luitgard verurteilen. Für Luitgard bedeutete die Verküpfung beider Verfahren ein Dilemma, war doch davon auszugehen, daß eine OLG-Krähe der anderen kein Auge aushackt.
Hier deshalb noch einmal die wichtigsten Fakten aus dem Prozeß gegen Rico und Andrea, der im Herbst 89 mit der Verurteilung zu je 9 Jahren Knast endete.
- die Briefumschläge, die Andrea laut Onckelmann-Gutachten beschriftet haben soll. Was von der







Onckelmannschen Methodik zu halten ist, kam im Prozeß gegen Rolf Hartung (ebenfalls aus Düsseldorf und wegen Dornier angeklagt) an den Tag. Onckelmann gutachtete, daß Hartung mit 100%-iger Sicherheit die Warnhinweise auf Karopapier geschrieben hatte, die bei Dornier gefunden wurden. Ein Gegengutachten des Schriftsachverständigen Nissen, in dem er sich kritisch mit der Onckelmannschen Methodik auseinandersetzte, brachte Rolf Hartung nach 9 Monaten U-Haft die Freiheit inclusive Haftentschädigung. Nissen befand, daß aus der in Runen geschriebenen Warnung nichts herauszulesen sei. Dieser Vorgang leitete ein Ausschlußverfahren aus dem Berufsverband der Schriftsachverständigen ein, dem Onchelmann durch seinen Austritt zuvor kam.

- die Wiedererkennungszeugin, eine Zimmervermieterin, die der Soko Dornier zu Protokoll gab, daß sich in den Tagen vor dem Anschlag bei ihr ein Paar eingemietet habe, das das Tatfahrzeug gefahren habe. Sie war ursprünglich als Zeugin der Verteidigung benannt worden, aber im Prozeß wurden erstaunlicherweise ihre Erinnerungen immer präziser: Nach zwei Jahren war sie sicher, daß die Frau auf der Anklagebank ihrer Zimmermieterin von einst "zum Verwechseln ähnlich" sähe. In Rico will sie während des Prozesses einen Besucher des Paares erkannt haben, den sie in ihrer ersten polizeilichen Vernehmung nicht mal erwähnt hatte. Nur: Andrea Sievering hat nachweislich am 24.7.86 Geldbeträge von ihrem Postgirokonto in Düsseldorf abgehoben.
- die Parole, die bei Christian gefunden wurde und die Rico geschrieben haben soll. Wie gesagt, sie war relativ weit verbreitet.

Abschließend haben Andrea Sievering und Rico Prauss erklärt, ohne sich von der politischen Aussage der Dornier-Aktion zu distanzieren, daß sie weder den Anschlag begangen noch vorbereitet haben. Außerdem: "Wir sind nie in der RAF organisiert gewesen."

Trotz der vagen Indizien hat das Gericht hohe Haftstrafen verhängt, letztendlich bezog es sich auch hier - wie im ersten Verfahren gegen Luitgard - auf sogenannte "Lebenstatsachen" und die politische Identität der Angeklagten.

"In Beton gegossene Lügen-Urteile ..."

Am 8.5.1990, dem 45ten Jahrestag der Befreiung vom Faschismus begann der Prozeß gegen Luitgard Hornstein.In ihm ging es nicht so sehr darum, ihr eine direkte Tatbeteiligung nachzuweisen, sondern daß sie - so die Auffassung der BAW - als "vollwertiges Mitglied in der Tätergruppe integriert gewesen sei und den Anschlag psychisch mitgetragen habe". Dies impliziert, daß diese "Tätergruppe" auch tatsächlich den Anschlag verübt haben muß, was wiederum eine Zementierung des Urteils gegen Andrea, Rico und Christian notwendig machte. Somit waren die Indizien aus dem Verfahren gegen Andrea und Rico noch einmal Gegenstand in diesem Prozeß.

Aber auch dieses Gericht war davon überzeugt, daß Andrea am Tag vor dem Anschlag am Bodensee gesehen wurde, obwohl sie doch Geld in Düsseldorf abgehoben hatte.

Zum Komplex der Schrifturheberschaft stellte die Verteidigung den Antrag Oberstaatsanwalt Kouril und zwei LKA Beamte als Zeugen vorzuführen, die aussagen würden, daß sich in den Ermittlungsakten seit langem etwas Entlastendes befände, was der Verteidigung und dem Gericht vorenthalten würde. Damit war ein Vermerk über eine kontroverse Diskussion gemeint, die im ersten Verfahren gegen Christtian, Luitgard und Eva (Januar 88) zwischen Onckelmann und der BKA-Schriftsachverständigen Wagner stattfand. Sie setzte sich dabei ebenfalls kritisch mit der Onckelmannschen Methodik auseinander. Wenn der Vermerk aus der Zeit vor dem Verfahren gegen Andrea und Rico stammt und seine Weitergabe zu den Gerichtsakten durch das LKA oder die BAW verhindert wurde, dann bedeutet das Aktenunterdrückung und wäre ein Fall für die Staatsanwaltschaft.

Was liegt sonst noch vor: Die BAW zauberte sogenannte "Besuchsprotokolle" aus dem Ärmel und nachträglich in die Anklageschrift. Sie werden bei Knastbesuchen in 129a-Verfahren (Trennscheibe obligatorisch) von speziellen Besuchsüberwachern (i.d.R. LKA-Kommissare) erstellt. Einer meinte nun belauscht zu haben, wie Rico gesagt haben soll "..weil ich für Dornier verantwortlich bin ..." oder "... wie ich in der RAF gekämpft habe ...". Erstaunlicherweise verzichtete die BAW in ihrem Plädoyer auf die Ausschlachtung des von ihr selbst eingeführten Belastungsmaterials. Fürchtete sie etwa peinliche Beweisanträge über das Zustandekommen der Protokolle?

Weiterhin gab es noch eine Wiedererkennungszeugin aus der Bodenseegegend, die Luitgard zusammen mit Eva eine Woche nach dem Anschlag in ihrem Lebensmittelladen gesehen haben will - die BAW macht daraus eine nachträgliche Schadensbegutachtung. Hier ließ das Gericht durchblicken, obwohl es natürlich nicht an der Glaubwürdigkeit der Zeugin zweifelte, daß die Soko Dornier nicht sorgfältig genug gearbeitet habe. Die Fahnder hatten der Zeugin, sie hatte sich bei der Polizei gemeldet, weil sie Festnahmephotos von Luitgard in einer Zeitung gesehen hatte (Aktivbürgerin!!!), eine Lichtbildmappe mit eben diesen Bildern vorgelegt. Logisch, daß die Zeugin Luitgard wieder zuerkennen glaubte, aber selbst für dieses Gericht waren solche Ermittlungsmethoden nicht ganz die feine Art. Allerdings läßt die Begegnung auch keine Rückschlüsse auf Luitgards Tatbeitrag zu, eben weil sie sich nach dem Anschlag ereignete.

Das Urteil

Mehr läßt sich nicht sagen, oder doch: Bis zum 15.1991 war dies ein ganz normales "Terroristen-Verfahren", ein Lehrstück für die Biegsamkeit von Paragraphen und Zeugenaussagen, für Lebenstatsachen und gezinkte Gutachten. Nach acht Monaten Prozeßdauer hat sich nichts am Verurteilungswillen des Gerichts geändert, radikale Opposition muß bestraft werden, wer sich nicht distanziert und/oder andere belastet, muß bestraft werden - je härter, desto besser.
Am 15.1.91 um 15 Uhr verkündete das Gericht sein Urteil: Neun Jahre Knast, wie zu erwarten war. Die Begründung? Dazu Luitgards Anwalt M. Henning (Aus der Clockwork 129a):

RA M.Heiming: Luitgard ist wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe an einem Sprengstoffanschlag" verurteilt worden.

Der Bundesgerichtshof hatte diesen Spruch im Grunde ja schon vorgegeben, als er das erste Urteil gegen Luiti zwar aus rechtlichen Gründen und auf Antrag der Bundesanwaltschaft aufgehoben hatte, den Vorwurf der „Mitgliedschaft" aber gleichzeitig stehen ließ. Dieser Punkt der Anklage brauchte also nur noch abgesegnet werden nach dem Motto: Chris, Rico, Andrea und Luiti waren eine „Kämpfende Einheit", ergo hatten sie was mit der RAF zu tun. Und da sie also RAF-Mitglieder waren, so diese Logik der verurteilenden Gerichte, und drei von ihnen bereits rechtskräftig wegen des Dornier-Anschlages verurteilt waren, muß die vierte Person auch dabei gewesen sein.

In diesem Verfahren wurde ganz offen politisch geurteilt, sogar ausdrücklich gesagt, daß meiner Mandantin keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden konnte. Aber sie hätte eben diese ganze Politik zumindest moralisch unterstützt. Die Begründung des Gerichts dafür: Luiti habe Diskussionspapiere, Bücher, Unterlagen besessen, die darauf schließen lassen, daß sie an der „Tatbekennung Dornier" beteiligt gewesen sein muß.

In der Urteilsbegründung war das alles sehr wenig konkret — es wurden im Gegenteil Dinge genannt, die mit dem Verfahren gar nichts zu tun haben, z.B. Aktionen der RAF von 1972 an. Da war meine Mandantin acht Jahre alt.

An dieser Stelle wollen wir Luitgard selbst zu Wort kommen lassen und zitieren Passagen aus ihrem Schlußwort (ebenfalls aus Clockwork)



Wir kämpfen hier immer aus der defensive, gegen die arroganz der macht. und genau, weil es hier um die auseinandersetzung zwischen den um veränderung kämpfenden menschen und dem staat, der seine herrschaft behaupten will, geht, ist die aburteilung eine politische entscheidung.

jede prozeßstrategie und alle juristischen erfolge stoßen da auch an ihre grenze und bleiben letztlich hilflos, weil die entscheidung nicht allein hier im saal fällt, weil es eine frage des politischen kräfteverhältnisses zwischen staat und widerstand ist, das in den aktuellen kämpfen und mobilisierungen, auf der straße erkämpft wird.

weil die harte haltung der macht und das kalte kalkül, wie wir immer wieder erfahren haben, zuletzt im letzten hungerstreik, nur da bricht, wo sie angst haben, mehr zu verlieren, als zu gewinnen. das ist die einzige politische rationalität, die sie scheins kennen und verstehen.

obwohl also die ganzen widersprüche und manipulationen für jeden hier offen geworden sind, hatte ich zu keiner zeit die illusion, daß damit unsere chancen gut stehen würden und sie gezwungen wären, die konstruktionen fallenzulassen. dazu habe ich einfach zu viel erlebt und genug erfahrung mit der staatsschutzmaschine. das liegt auch nicht an stammheim oder allein dem senat hier.

wir wissen, daß die staatsschutzsenate allgemein eingerichtet wurden, um einen reibungslosen ablauf und aburteilungen im sinne der herrschenden zu garantieren und um als funktion für die widerstandsbekämpfung den „ausnahmezustand" zu verrechtlichen. das letzte beispiel dafür ist das urteil gegen stephan im „börsen"-prozeß.

darum ist es auch hilflos, sich darüber zu empören, daß berroth oder der senat befangen sind. das sind die voraussetzungen in staatsschutzprozessen. wären sie es nicht, säßen sie sicher nicht hier in dieser funktion. und im verlauf des prozesses haben sie es oft genug bewiesen.

diese harte konfrontation gegen uns erklärt sich als erstes für mich aus unserer und meiner geschichte und unserem politischen zusammenhang, in dem wir gekämpft haben.

entscheidend ist nicht, ob wir die aktion gemacht haben oder nicht. das können sie selbst nicht sagen.

entscheidend ist allein, daß wir sie subjektiv und politisch gemacht haben könnten ihrer meinung nach, daß wir aus dem frontprozeß kommen, mit der guerilla zusammen diskutiert und gekämpft haben und daß sie uns auch hier in der isolation nicht brechen konnten.

genau darauf gründen sich die urteile gegen uns, auf nichts anderes.

diese urteile, in denen der staatsschutz geschichtsfälschung nach seinem gutdünken weitertreibt, wo die absurde behauptung der existenz einer legalen raf und 4-ebenen-raf festgestanzt wurde und all der andere mist, dienen jetzt für reibungslose urteile in allen prozessen gegen uns; so bildeten sie z.b. auch die grundlage für das urteil gegen die genossInnen im börsenprozeß.

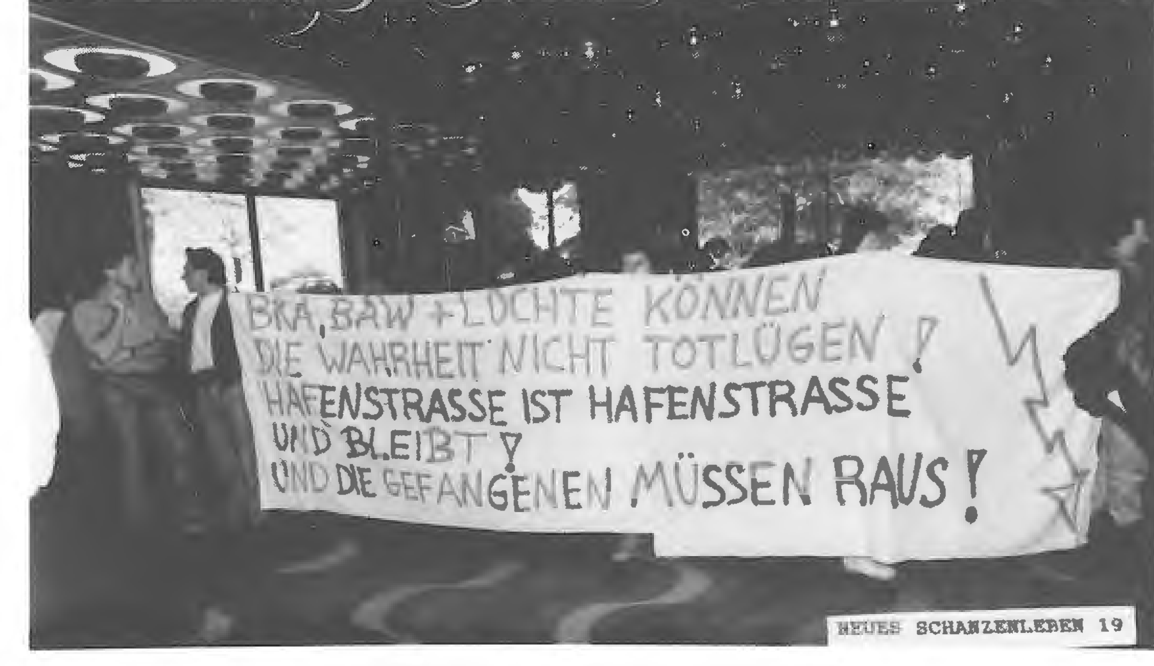
nach dem gleichen schema laufen jetzt die angriffe gegen die hafenstraße,und jetzt geht es ihnen hier darum, eine neue waffe gegen den widerstand zu schmieden. •••

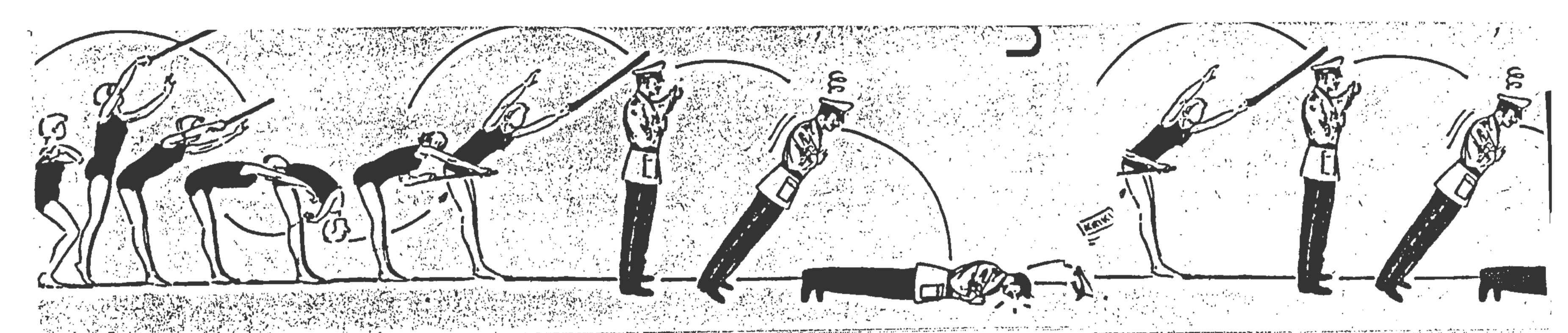
Materialien:
Konkret Oktober 90
AK Oktober 90
Prozeß-Info 8 u. 9
Clockwork
Frankf. Rundschau

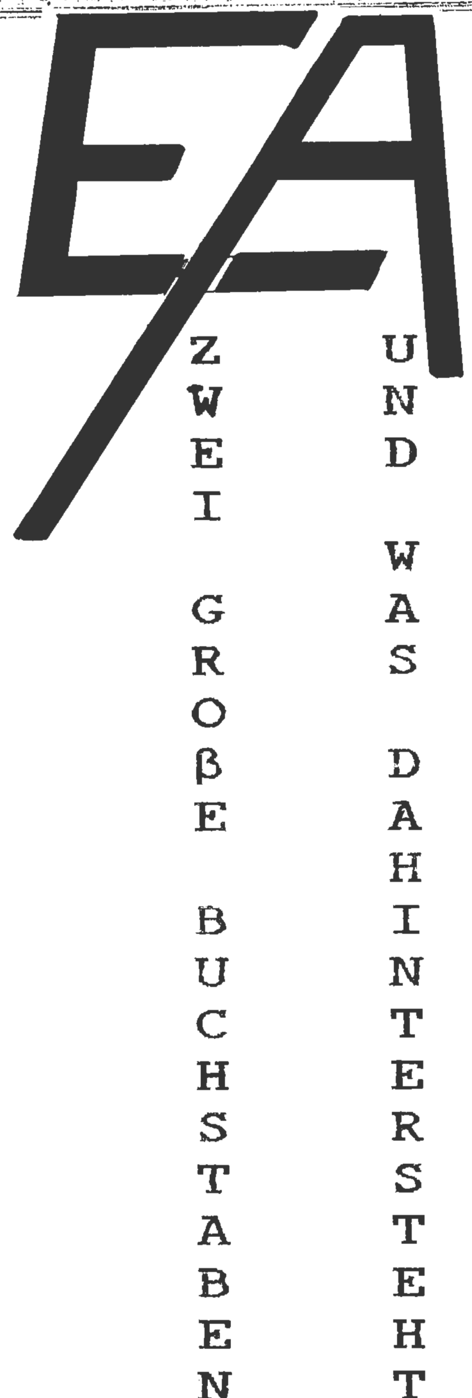
Worum ging es noch

An den Dornier-Verfahren wurden Grundzüge repressiver Politik deutlich:

- Es müssen "Täter" präsentiert werden, um die Effizienz des Fahndungsapparates zu beweisen, dem besonders konservative Kritiker vorwerfen, trotz enormer Finanz-,Sach- und Personalausstattung keine entsprechenden Erfolge zu erzielen.
- Den militanten Gruppen soll klargemacht werden, daß für ihre durchgeführten Anschläge auf jeden Fall Menschen in die Hochsicherheitstrakte gehen, egal ob diese für die Aktion verantwortlich sind oder nicht. Es werden dabei genau die genommen, die sich mit "anschlagsrelevanten" Themen befassen und somit in enger politischer Nähe zu den Gruppen stehen.
- Die Diskussion um die Anwendung von Gewalt als Strategie der Linken - hier als Diskussion zwischen Legalen und Illegalen - soll unmöglich gemacht werden. Wer diese Diskussion führen will, wer sich nicht von Gewalt distanziert, riskiert hohe Haftstrafen in den Iso-Trakten dieser Republik.
- Das Verfahren gegen die vier DüsseldorferInnen war auch als Schlag gegen die Düsseldorfer Kiefernstr. gerichtet. Die Angeklagten hatten alle Kontakt bzw. lebten einige Zeit in der Kieferrnstr.. Bildet und artikuliert sich in besetzten oder ehemals besetzten Häusern oder Zentren eine radikale Opposition und ist die sofortige Räumung bzw. Zerschlagung nicht möglich, werden einzelne Menschen aus diesen Zusammenhängen kriminalisiert. "RAF in der Kiefernstr." (oder Hafenstr.) als Mittel Menschen zu zermürben und Zusammenhänge zu zerschlagen.







Woher der scheußlich bürokratische Ausdruck Ermittlungsausschuß (EA) kommt, wissen wir auch nicht; aber er hat sich verselbständigt und bundesweit in den Städten und Regionen durchgesetzt. Tatsache ist, daß wir absolut nichts gemeinsam haben mit parlamentarischen, juristischen oder sonstigen Ausschüssen oder Ermittlungen, denn: WIR SITZEN AM ANDEREN ENDE DER LEITUNG!!!

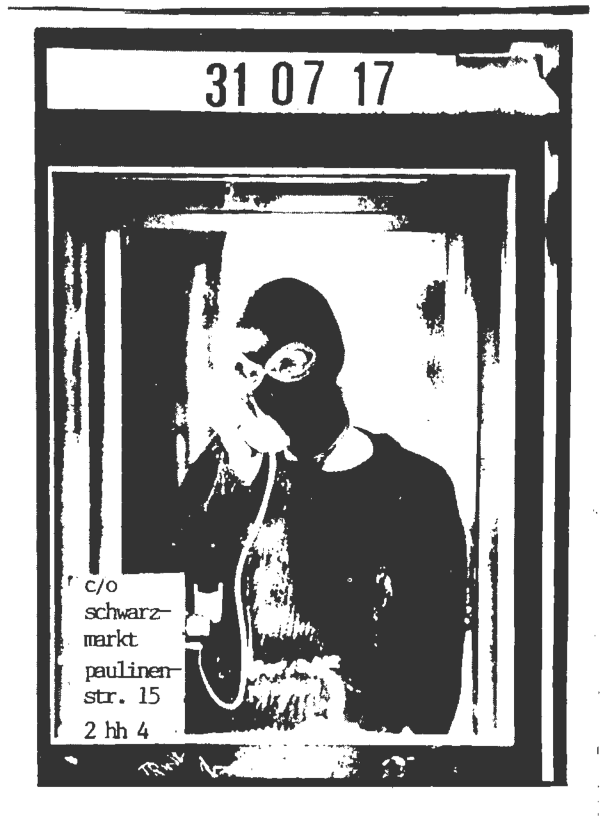
Es hat sich als sinnvoll erwiesen, daß es bei Demos u.a. Aktionen eine zentrale Kontaktstelle, den sogenannten Ermittlumgsausschuß, gibt, bei der sich

- Festgenommene, als auch
- Personen, die eine Festnahme beobachtet haben, telefonisch melden können.

Von hier aus wird Verbindung zu AnwältInnen aufgenommen, die sich, wenn nötig, um die Festgenommene kümmern können. Damit wird die Möglichkeit eingeschränkt, daß die festgehaltene Person von den Bullen mißhandelt wird. Über die AnwältInnen können wir auch erfahren, wie es der Festgenommenen geht, wo sie festgehalten wird, wann sie wieder rauskommt und was ihr vorgeworfen wird. Manchmal schaffen es die Festgenommenen auch selbst von der Bullenwache aus beim EA anzurufen.
Neben diesen Informationen ist der Kontakt mit der Anwätin oft für die abgegriffene Person eine nicht zu unterschätzende Stütze, um die Repression auszuhalten. Dem Ohnmachtsgefühl, der Willkür der Bullen ausgesetzt zu sein, kann so etwas entgegengesetzt werden.

Der EA erstellt während der Demo Verlaufsprotokolle, die aus den Infos der MelderInnen draußen zusammengetragen werden. Darüberhinaus sammeln wir Gedächtnisprotokolle von Leuten, die festgenommen und/oder verletzt worden sind; oder die eine Festnahme und/oder Verletzung im Zusammenhang mit einer Demo etc. beobachtet haben. Wenn es später zur juristischen Verfolgung kommt, oder eine Strafanzeige gegen Bullen o.ä. gestellt werden soll, ist es für die Betroffenen und ihre AnwältInnen oft einfacher, anhand der Protokolle

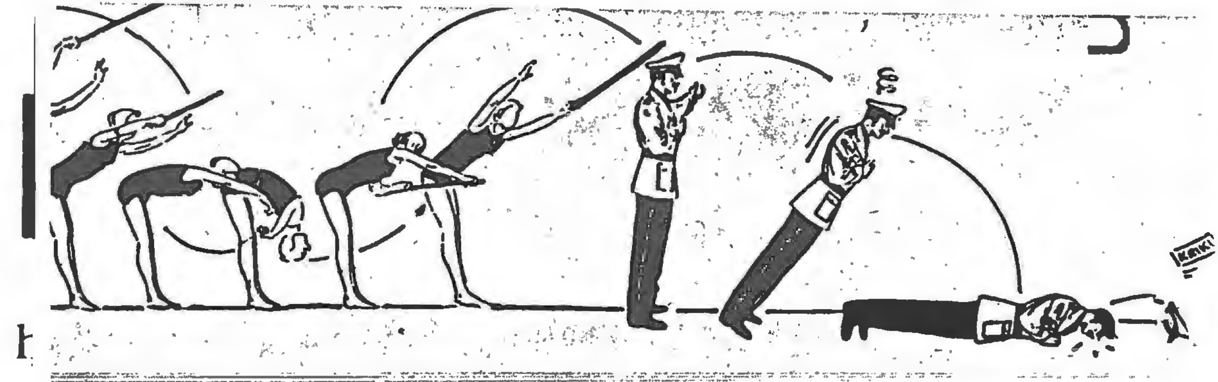
- den Verlauf des Vorfalls zu rekonstruieren, und
- andere Betroffene und ZeugInnen ausfindig zu machen, um sich gemeinsam auf den Prozeß vorzubereiten, d.h. auch, sich besser wehren zu können.



Früher wurde die EA-Arbeit meistens von den jeweiligen Vorbereitungsgruppen (Ini's/BI's) selbst gemacht. Das hatte eine ständig wechselnde Telefonnummer zur Folge. Nach längerer Zeit war es schwierig, herauszufinden, wer an welchem Tag zuständig gewesen war, um an die Unterlagen zu gelangen.

1000 Mark

»Verdammt! Der Kerl will seinen Anwalt anrufen!«
»Laßt ihn laufen!«



Seit den "Barri"-Tagen am Hafen im Herbst 1987 ist der Hamburger EA einen feste Gruppe. Eine kontinuierlich arbeitende Gruppe kann den Kontakt zu AnwältInnen, die bei Demos etc. einspringen, halten. Die oben erwähnten Protokolle können bei Bedarf den AnwältInnen schnell zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin ist es möglich, einen einheitlichen Verhaltenskodex aufzubauen, z. B. was am Telefon gesagt wird und was NICHT. Die Telefonnummer ist (fast) immer die selbe, und zwar(Achtung: Preisausschreiben; Preise s.u.):

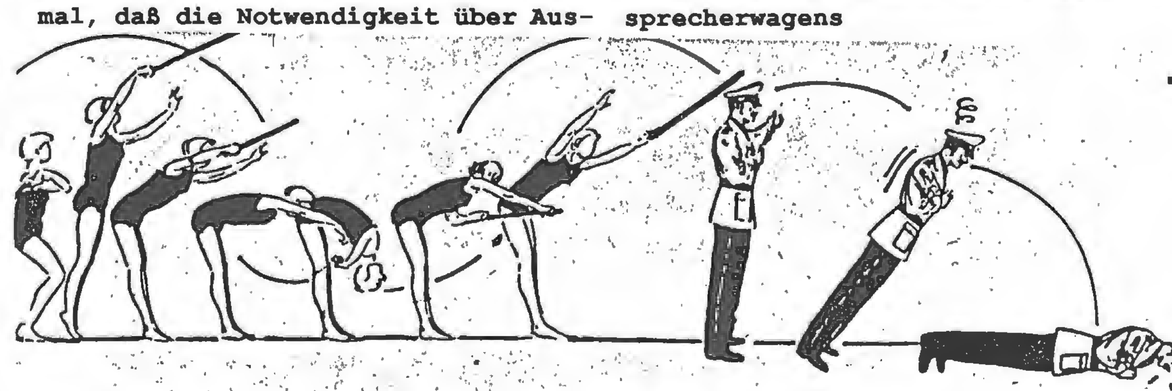
Als feste Gruppe ergab sich für uns auch die Möglichkeit sich inhaltlich mit Themen zu beschäftigen, die mit der praktischen EA-Arbeit zusammenhängen; z.B. Auslegung und Anwendung von Gesetzen (SOG, 129a) und der Aussageverweigerung. Denn nur durch die Auseinandersetzung mit dererlei Dingen können Strategien im Umgang mit Bullen, Staatsanwälten und in Prozessen entwickelt werden.

Die Bildung einer festen Gruppe birgt aber auch die Gefahr der Abkoppelung von anderen Zusammenhängen, und die EA-Arbeit wird zur reinen "Szenedienstleistung" reduziert. Um diese Isolierung aufzubrechen und um eine engere inhaltliche Zusammenarbeit mit anderen Gruppen hinzubekommen, riefen wir vor längerer Zeit ein EA-Plenum ein, das von vielen Gruppen getragen werden sollte. Durchschnittlich einmal im Monat wurde geplent und über Aussageverweigerung diskutiert. Doch schon nach einem halben Jahr schlief diese Runde ein - wer kennt das nicht - obwohl alle Beteiligten die Diskussion für ausgesprochen wichtig hielten!!

Auftrieb erhielt das Thema erst wieder im Winter 1989/90, nachdem Ute Hladki und Holger Deilke festgenommen worden waren. In diesem Zusammenhang gab es zahlreiche Hausdurchsuchungen und Festnahmen in Hamburg und Umgebung. Bei Verhören wurden Aussagen gemacht. Es zeigte sich wieder einmal, daß die Notwendigkeit über Aussageverweigerung zu sprechen, permanent besteht, und nicht erst, wenn es schon zu spät ist. D.h., daß Einzelpersonen und Gruppen, die sich als Teil des Widerstands begreifen, eine genauere Diskussion über den Umgang mit Repression führen müssen.



Der EA versteht sich als so einen Teil des Widerstands und will Demos und andere politische Aktionen unterstützen. Das erfordert aber auch, daß sich andere Gruppen an der praktischen EA-Arbeit beteiligen. Wir wollen uns nicht zum Dienstleistungsunternehmen funktionalisieren lassen. Leider wird auf Vorbereitungstreffen die Planung der EA-Arbeit (Besetzung der Telefone, .AnwältInnen ansprechen, MelderInnen finden) häufig nicht berücksichtigt, so daß wir dann zu kurzfristig angesprochen werden, um das Nötigste noch organisieren zu können. Dabei gehört die EA-Planung genauso rechtzeitig in die Demovorbereitung wie der Aufruf, die Redebeiträge und die Organisierung des Lautsprecherwagens



Zu oft wird "szene"-intern angenommen, daß wir bei allen Aktionen selbstverständlich am Telefon hängen (S. Anti-ICC-Programm, erschienen in dieser Zeitung im Frühsommer `90:"Der Ermittlungsausschuß ist während der Woche ebenfalls ständig besetzt.Telefon 310717". Nur: wir wußten nichts davon. -Aber Ihr wißt jetzt die Nummer!).

In anderen Kreisen (StudentInnen, SchülerInnen, taz)hat sich das Bild von einem 24-Stunden-Rechtshilfe- und Info-Service festgesetzt, wie sich zu den Anti-Golfkriegs-Aktionen gezeigt hat. Die Telefonnummer ist bekannt, und auch ungefähr die Funktion des EAs, aber nicht, was wir wirklich sind. Um eine bessere Zusammenarbeit zu erreichen, ist es wichtig, zu wissen, wie wir arbeiten. Also: wir brauchen eine gewisse Vorbereitungszeit, um die eben erwähnten Technos mit Euch zu regeln,und: es muß klar sein, wie mit Informationen, die übers Telefon laufen umgegangen wird, um eine Gefährdung von AnruferInnen, den im EA sitzenden und anderen möglichst gering zu halten.

Eine unnötige Gefährdung sollte schon deshalb ausgeschlossen werden, da der EA Teil "unseres" Informationssystems ist. Die Organisierung eigener Informations- und Kommunikationsstrukturen ist den HERRschenden seit jeher ein Dorn im Auge. Erneut wird dies verdeutlicht im Verfassungsschutz-Bericht 1990 und in einem "WELT"-Artikel vom Dezember 1990. Darin werden namentlich der "Schwarzmarkt" in Hamburg und der Mehringhof in Berlin aufgeführt. Die Entwicklung von eigenen Infostrukturen, wie sie über Info-Läden wie den "Schwarzmarkt" laufen, wird von "ihnen" gleichgesetzt mit "Vorbereitung von Straftaten".

Um uns gegen mögliche Angriffe auf den "Schwarzmarkt" und andere Teile unseres Kommunikationssystems zu schützen, müssen wir die Diskussion miteinander vertiefen und uns gemeinsam überlegen, wie wir uns WEHREN.

1.Preis: eine normale EA-Schicht am Telefon schieben

2.Preis: eine Nachtschicht am Telefon schieben

3.Preis: eine Frühschicht am Telefon schieben, alles in der Hoffnung auf Kaffee, Kuchen, Brötchen, Pommes........Müsli...

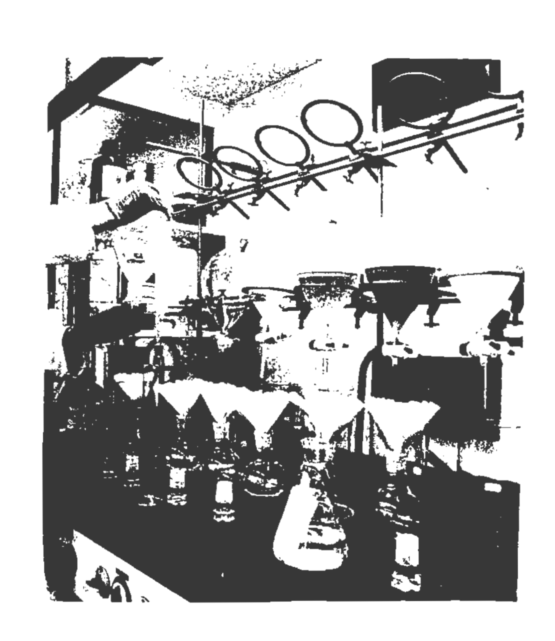


HIV BEDINGT AIDS?

Dies ist eine breit vorherrschende Hypothese. Erst einmal bedeutet es für den Menschen, der mit dem HIV-Virus infiziert ist, daß er/sie positiv ist, d.h. es sind Antikörper dieser Viren im Körper des Menschen vorhanden. Die These besagt weiter, daß Antikörper auch gleichzeitig Virusträger sein können und somit auch ansteckend sind. Wirklich eindeutig bewiesen ist diese Annahme bis heute nicht. Und genau da fängt es an interessant zu werden. Milliarden werden für die Erforschung des HIV-Virus bereitgestellt, weltweit riesige Forschungs- und Aufklärungskampagnen gestartet, ohne auch nur halbwegs die Hypothese belegen oder gar letzlich beweisen zu können.
Aids ist existent, oder besser es gibt ein Krankheitsbild von Aids, das kurz umrissen bedeutet: Aids gleich Schwächung des Immunsystems (erworbenes Immunschwächungssyndrom).
Weiterhin werden dem Krankheitsbild ca. 25 mögliche Erscheinungsformen zugeordnet (fieberhafte Infektionen, die sonst als harmlos gelten; Tumore z.B im lymphatischen System; Karposi-Sarkome, d.h. ein pilzartiger Befall der Lunge; Erkrankungen des zentralen Nervensystems, vor allem des Gehirns).
Als radikalste Position gegen die obengenannte These ist die der Ärzte Holup und Wallerstein anzusehen, die die Existenz des Aidssyndroms gänzlich in Frage stellen. Desweiteren ist der Streit unter den Virologen im weitesten Sinne Kern dieser Auseinandersetzung.
Die gegenwertig noch vorherrschende Meinung, daß Aids HIV bedingt, stützt sich auf die Annahme, daß das Virus die Basis des menschlichen Immunsystems auf direkten oder indirekten Weg zerstört.
Die Kritiker dieser These sehen als die entscheidenen Fehler folgende Umstände an:
Daß sich alle Virologen und Forscher erstmal nur auf die Erforschung des HIV-Virus gestürzt haben und zwar in Laboratorien, in denen sie "künstlich reine, stabile und kontrollierbare Bedingungen" für diese Versuche hatten. Diese von den Kritikern als "reduktionistisch" beschriebene Arbeitsweise zeigt jedoch auf, daß diese Versuche die Reaktion des Menschen und auch äußere Bedingungen (wie z.B. Umwelt), gänzlich außer acht gelassen haben. Aus begreiflichen Gründen sind Menschen als Versuchsobjekte für die Forschung abzulehenen und auch durch Tierversuche sind keine Rückschlüsse auf den Menschen möglich. Doch was ist mit den äußeren Faktoren, wie z.B. Umweltkatastrophen, radioaktiver Niederschlag (Fall-out) und chemische Gifte und ihren Folgen?

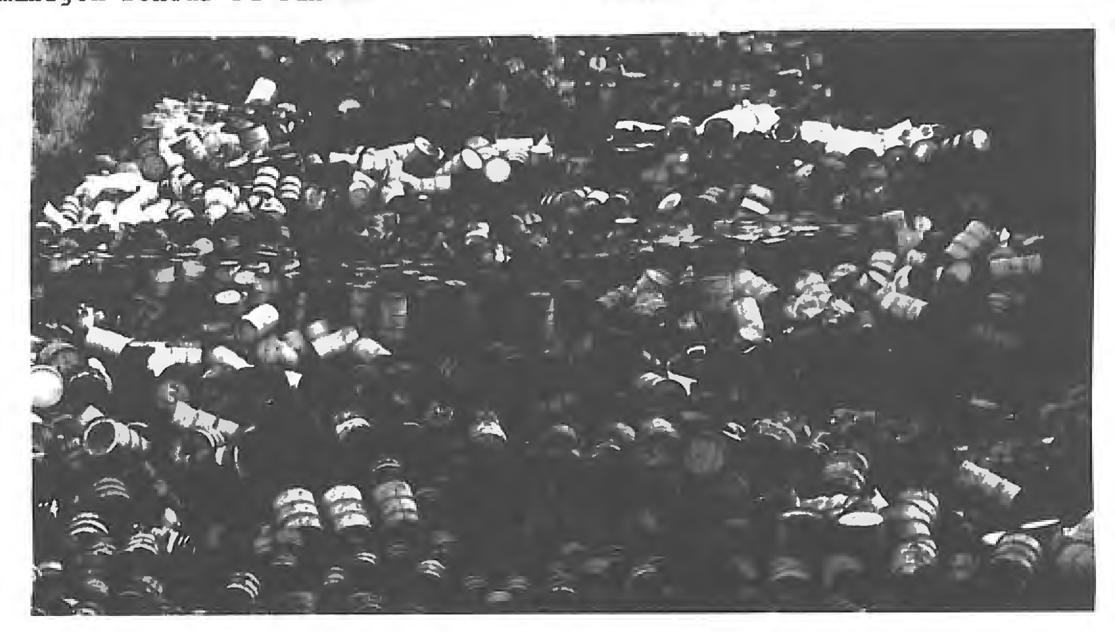
Wie sagte doch bereits vor über hundert Jahren der französische Arzt Pasteur: "...wenn sie meinen, Krankheiten einfach dadurch beseitigen zu können, daß sie die dabei auftretenden Bakterien unterdrücken und töten, dann werden sie ein schlimmes Wunder erleben. Vergessen sie nicht, daß Mikroben nicht die Ursache, sondern Zeichen für Krankheiten sind."

Die Schulmedizin hat seit über 50 Jahren stetig und gezielt versucht Bakterien abzutöten, Fieber rasch zu senken und viele Krankheiten problemlos in den Griff zu bekommen. Doch die Schattenseiten der Arzneien wie Penicilline und Antibiotika wurden dabei übersehen. Es entstand eine Situation, die es dem Menschen unmöglich macht, eigentlich fieberhafte Infekte selbst zu überwinden. So entstanden über kurz oder lang chronisch Kranke mit starken Hinweisen auf ein geschwächtes Immunsystem. Natürlich wird mit Antibiotika und Penicillinen Leben gerettet, aber bei langer und wiederholter Anwendung wird auch das körpereigene Abwehrsystem geschwächt.



Dazu kommen dann noch, vor allem in der sog. 1. Welt die Risikogruppen, wie z.B. intravenös drogengebrauchende Menschen und homosexuelle Männer.
Die Konsumenten harter Drogen muten ihrem Körper über Jahre hinweg verunreinigte chemische Mittel zu und sind durch Kriminalisierung außer Stande ein "für ihren Körper" geregeltes Leben mit z.B. ausgewogener Ernährung und regelmäßigen Schlaf zu führen.

Durch die häufige Einnahme von stimulierenden Mitteln (Poppers und Anabolika), sind allgemeingesprochen die Homosexuellen Männer zur Risikogruppe zu zählen.
Anders als in der sog. 1. Welt ist aber der Ausbreitungscharakter von Aids in der sog. 3. Welt. In Zentralafrika z.B. sind keineswegs nur die sog. Risikogruppen betroffen, sondern in fast gleichmäßigem Auftreten auch heterosexuelle Frauen und Männer.



Im Zusammenhang mit der weit verbreiteten Ansicht, Zentralafrika sei das Ursprungsland der Aidsepedemie, gibt es Untersuchungsberichte und Studien, die zumindest ein Erklärungsversuch sind für die Annahme, daß hier ganz entscheidend Umwelteinflüsse zum Tragen kamen. Bereits 1957 wurden extrem hohe Konzentrationen von Strontium 90 in den Knochen der dortigen Bevölkerung festgestellt. Dies bedeutet, daß es in dieser Region auch einen extremen nuklearen Fall-out gegeben haben muß. Weitergehend spielt sicherlich auch der Umstand eine Rolle, daß diese Region als Schuttabladeplaz für vor allem europäischen hochtoxischen Müll mißbraucht wird und hier völlig unzureichend gelagert ist.

Die Frage nach dem, was Aids verursacht, bleibt letztlich ungeklärt.
HIV kann nicht die alleinige Ursache für Aids sein.
Es bleiben Fragen offen wie z.B.:
Warum führt nur 1 von 500 Sexualkontakten mit HIV-positiven Partnern zur Ansteckung? Was ist mit den anderen 499?
Wie wird Aids übertragen, z.B. bei den Aidskranken, die mit Sicherheit keine Sexualkontakte hatten?
Wie kommt es, daß eine biochemische Reaktion des HIV-Virus weder bei HIV-Positiven noch bei Aidskranken nachweisbar ist?
Ist es nicht paradox, daß ein nachweislich biologisch inaktives Virus zum Verursacher einer tödlichen Krankheit erklärt wird?
Was ist mit demjenigen Homosexuellen in den USA, der mit Karposi-Sarkom gefunden wurde, ohne daß bei ihm HIV oder HIV-Antikörper nachgewiesen werden konnten?
Skepsis gegenüber den bisherigen Erklärungsmustern ist angebracht.
Oder gibt es andere Gründe für die immer noch vorherrschende Hypothese? Leben nicht mittlerweile Industrien von der Aidsforschung, -aufklärung und -tests? Hängen mittlerweile nicht auch mehrere tausend wissenschaftliche Karrieren an dieser These? Wird nicht auch gerade die Gentechnologie (da auch sie Aids-Forschung betreibt) durch diese These legitimiert?

Was ist aber, wenn der HIV-Virus für sich gesehen harmlos sein sollte und nicht zu einer Schwächung des Immunsystems führt? Oder es Aids gar nicht gibt, sondern nur die Worthülse "AIDS"?
Die Zahl der Aids-Kranken steigt, wenn auch nicht in dem vorhergesagten Maße. Zusätzlich steigt auch die Zahl der Menschen, die an einer regelrechten Aids-Phobie leiden. Das hat Auswirkungen auf den Umgang der Menschen miteinander. Aids ist (wird) nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein soziales Problem.
Es sind heute schon gesellschaftliche Auswirkungen festzustellen.
Es wurden sowohl von staatlicher als auch wirtschaftlicher Seite repressive Maßnahmen eingeführt und instrumentalisiert. Zwangstests in den Knästen sind die Regel; es ist weiter unter Strafe gestellt, ungeschützt mit dem HIV-positiven Partner zu verkehren, selbst bei dessen vollem Einverständnis schlägt die Justiz unerbittlich zu. Es sind bereits Urteile gefällt worden, die HIV-Positiven die Ausübung ihres Berufes untersagen bzw. Kündigungen sind rechtsgültig geworden aufgrund eines positiven Befundes.
Auch im zwischenmenschlichen Bereich hat die Aids-Hypothese bereits entscheidende Spuren hinterlassen.

Besonders die heranwachsende Jugend, sprich die 20-jährigen, stehen so stark unter dem Eindruck der "Gib'Aids keine Chance"-Kampagne wie kaum eine andere Gruppe. Dies zeigen Untersuchungen und Befragungen über die Häufigkeit von Partnerwechsel bei dieser Personengruppe.
Die Grundidee einer freien Gesellschaft, zu deren Inhalt auch die freie Sexualität gehört, wie sie auch immer zu definieren ist, wird genau hier in Frage gestellt. Die sog. kritischen Menschen, selbst wir (?) schauen an diesem Punkt betreten beiseite. Was passiert aber mit einer Gesellschaft, die ihre Sexualität unterdrückt? Sie unterdrückt andere und wird repressiv. Wenn also „Leben" so gefährlich ist, was bleibt? Der Griff zur Ersatzbefriedigung, es wird konsumiert und der Konsum wird zur Scheinfreiheit. Und zur Not gibt's gleich nebenan die Pornovideos. Die Disziplinierung bzw. Kontrolle funktioniert, vor allem auch in den Köpfen!

Materialien u.a.:
Schwarzer Faden 1/91
Volkszeitung 15. Juni 90
Umweltschaden Aids? (2001)

DAS ARCHIV DER SOZIALEN BEWEGUNGEN IN HAMBURG

Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg
Thadenstraße 130a (Hinterhof)
2000 Hamburg 50
Öffnungszeiten: Montag und Donnerstag 16.00 - 19.00 Uhr

Konzept

Wir treffen uns seit ca. 1 1/2 Jahren mit einigen Leuten, um ein Archiv aufzubauen, daß
1. möglichst vielen interessierten Einzelpersonen und Gruppen die Möglichkeit bieten soll, zu verschiedentlichsten politischen Themen/Fragen zu arbeiten/sich zu informieren und
2. langfristig die Veröffentlichungen der sozialen Bewegungen dokumentieren und erhalten soll.
Wir beziehen uns im Namen auf das Archiv der Sozialen Bewegungen Freiburg und wollen damit auch den Ansatz von regionalen Archiven in Hamburg aufnehmen. Wir wollen auch mit bestehenden Archiven in Hamburg zusammenarbeiten, wobei bei einigen Archiven wie dem Archiv für Ökologie und Frieden, BUU-Archiv und zum St. Pauli-Archiv bereits Kontakte bestehen. Bestärkt und bestätigt von der Richtigkeit und Wichtigkeit eines solchen Projektes hat uns letztlich ein Besuch und die Auseinandersetzung mit dem ID-Archiv im IISG in Amsterdam. Die inhaltlichen Schwerpunkte unseres Archivs bestimmen sich aus den aktuellen (und vergangenen) sozialen/politischen Kämpfen. Einige Stichworte: Antifa, Stadtplanung, Umstrukturierung, Bevölkerungspolitik, Drogen, Widerstand, Repression, Zensur, Häuserkampf, Frauen und Lesben, EG-Formierung, Internationalismus etc. (näheres ist dem Archivschlüssel zu entnehmen).
Das Archiv besteht im Großen aus drei Teilen:
1. Auswertung der bürgerlichen Presse nach oben genannten Schwerpunkten/ Archivschlüssel.
2. Systematische Sammlung und Bereitstellung von Zeitschriften, Broschüren, Flugblättern u.ä. der Gruppen, Initiativen und Organisationen der Sozialen Bewegungen der BRD, Westeuropas und teilweise international.
3. Plakate, Postkarten, Aufkleber u.ä. sind noch in der Diskussion (Platzfrage).
Der zweite Punkt ist uns dabei besonders wichtig, weil wir die erfahrung gemacht haben, wie oft Broschüren, Flugblätter, Beiträge gesucht werden, um Veranstaltungen/Diskussionen/Prozesse vorzubereiten, Flugblätter/Artikel/Hausarbeiten zu schreiben.
Wir haben festgestellt, daß in Hamburg weder eine wissenschaftliche Archivierung der sog. "Grauen Literatur" erfolgt, noch an anderer Stelle die Veröffentlichungen der sozialen Bewegungen (der außerparlamentarischen Opposition) systematisch gesammelt und zugänglich sind.
Unser Archiv-Bestand umfaßt aktuell:
- laufende Zeitschriften aus BRD und Westeuropa
- "Spezial-Zeitschriften" zu Antifaschismus, Frauen, Knast, Sozial- und Bevölkerungspolitik, Internationalismus
- gesammelte Jahrgänge Spiegel, Konkret, AK, Politische Berichte u.a.
- "offizielle" Veröffentlichungen wie Innenpolitik, Innere Sicherheit, Nato-Brief, Schriftenreihen verschiedener Ministerien und Behörden
- Broschüren und Dokumentationen zu allen Bereichen
- Dokumentation von Presse und Flugblättern nach dem Archivschlüssel.

Seit September 1990 ist das Archiv für alle interessierten Menschen jeweils Montags und Donnerstags zwischen 16 und 19 Uhr geöffnet. Das Ausleihen von Materialien ist bei uns nicht vorgesehen, deshalb steht ein Kopierer zur Verfügung.
Unser größtes Problem ist die Finanzierung des Archivs. Wir haben uns vorgestellt einen Förderkreis aufzubauen, der durch monatliche Spenden/ Beiträge den größten Teil unserer Kosten trägt. Diese Kosten werden zur Zeit noch ausschließlich von den Macher/Innen des Archivs aufgebracht und es ist nur eine Frage der Zeit, wann uns der finanzielle Kollaps überkommt.
Es ist auch nicht vorgesehen, BenutzerInnen-Gebühren zu nehmen und mit den Kopierkosten wollen wir auch so niedrig wie möglich bleibt.
Trotzdem ist es dringend nötig, daß der Förderkreis sobald wie möglich steht und wir einmal frei vom finanziellen Druck arbeiten können. Also diskutiert über das Archiv, kommt vorbei, wenn Fragen auftauchen und versucht einen monatlichen Beitrag zu überweisen.

<u>Spendenkonto bei der Haspa:</u>
Stichwort: Anderkonto "Archiv"
Rechtsanwalt Andreas Beuth
Kontonummer: 1250/123 112
Bankleitzahl: 200 505 50





BUCHBESPRECHUNG: WIE EFEU AN DER MAUER





Zwei Tupamaros erinnern sich an ihre Knastzeit unter der uruguayischen Militärdiktatur

Im Dezember 1990 sind im Verlag Libertäre Assoziation unter dem Titel "Wie Efeu an der Mauer" die Knasterinnerungen der beiden führenden Tupamaros Mauricio Rosencof und Eleuterio Fernandez Huidobro erschienen. Das im Original dreibändige Werk stellt in Uruguay eines der wichtigsten zeitgeschichtlichen Zeugnisse über die jüngste Vergangenheit dar, vergleichbar mit der Bedeutung des Buches "Die Prüfung" von Willy Bredel, das 1935 als erstes Dokument über die Schrecken der Konzentrationslager in Deutschland veröffentlicht wurde.
Die "Memorias del calabozo" - so der spanische Originaltitel - sind die Einlösung eines Versprechens, das sich Mauricio Rosencof und Eleuterio Fernandez Huidobro in den Verließen einer Militärkaserne gegeben haben. Sie sind das Ergebnis langer Gespräche, die die Beiden nach ihrer Freilassung führten und die auf 45 Tonbandkassetten aufgezeichnet wurden.



DIE ZEIT: DIESER DICKFLÜSSIGE SIRUP

FH: Ein großer Teil dieser Erzählung müßte totales, absolutes Schweigen sein; das bestimmende Merkmal dieser langen Zeit ist die totale, absolute Stille, das NICHTS, daß nichts geschieht. Wir müßten irgendeinen Ausdruck dafür finden...

MR: Langeweile und Ungewißheit.

FH: Ich weiß nicht, wie ich es ausdrücken soll, damit man versteht, was es heißt, über ein Jahrzehnt lang unter Bedingungen zu leben, in denen nichts passiert...

MR: Es ging nicht nur darum, die Tage und Monate verstreichen zu lassen, sondern Minute um Minute wollte erobert sein, vom Aufstehen bis zur Aushändigung der Matratze und selbst in der Nacht. Es war ein ewiger Kampf gegen die Minuten, weil jede neue exakt so aussah wie die vorhergehende. Dazu kam die permanente Ungewißheit. Jedesmal, wenn wir den metallischen Klang des Gitters oder den Schritt eines Offiziers oder Soldaten näherkommen hörten, haben wir uns gefragt: „Was werden sie jetzt wieder mit uns machen, wohin werden sie uns schlagen?"

FH: Und die leise Hoffnung aus der ersten Zeit, daß sie uns ins Gefängnis zurückverlegen würden, war auf der Strecke geblieben.

MR: Wir haben auf nichts gewartet, nichts ist passiert.

FH: Nur die Zeit verging langsam, wie ein dickflüssiger Sirup.

MR: Wenn ein Gefangener weiß, daß er sechs Monate unter diesen Bedingungen zubringen wird, oder ein Jahr, oder drei oder zehn, konditioniert er irgendwie seinen Kopf und sein Denken, um diese Phase ertragen zu können; er weiß ja, daß sie ein Ende hat. Aber in unserer Situation, ohne Informationen, ohne Nachrichten, mit einer Strafe, die unendlich, bis zum Tod oder zum Wahnsinn dauern konnte, konnten wir uns auf nichts einstellen. Hier erzählen wir logischerweise das, was sich erzählen läßt: die paar wenigen Sachen, die uns passiert sind. Aber das, was uns am meisten passiert ist, nämlich NICHTS, jahrelang NICHTS, wie sollen wir davon erzählen?



Mauricio Rosencof/Eleuterio Fernandes Huidobro
"Wie Efeu an der Mauer", Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur, 416 S., DM 28,-

Im selben Verlag erschienen:
Mauricio Rosencof
"Bündelleben", Literarische Einmischungen eines Tupamaro. Sammlung von Texten und Gedichten, 96 S., DM 12,-

Zum historischen Hintergrund

Mauricio Rosencof und Eleuterio Fernandez Huidobro gehörten zu den wichtigsten Commandantes der 1963 gegründeten Nationalen Befreiungsbewegung MLN, der legendären Tupamaros, die den bewaffneten Kampf gegen die uruguayische Oligarchie aufnahmen. Ihre Methode - der bewaffnete Kampf in den Städten - hatte Ausstrahlungskraft bis in die imperialistischen Zentren hinein und beeinflußte nachhaltig die Gründungsphase des bewaffneten Kampfes in der BRD. Die Schriften der Tupamaros wurden übersetzt, ihre Aktionen zur Legende. "Apprendre d'eux" ("Lernen von den Tupamaros"), Leitmotiv eines Aufsatzes von Régis Debray, wurde in der Praxis erprobt.
1972 erlitt die MLN eine schwere militärische Niederlage. Zusammen mit vielen anderen wurden auch Mauricio Rosencof und Eleuterio Fernandez Huidobro verhaftet. 1973 putschte das Militär. Die Diktatur wurde offiziell errichtet. Zusammen mit sieben anderen führenden Tupamaros wurden Mauricio Rosencof und Eleuterio Fernandez Huidobro bei Nacht und Nebel aus dem Knast "Libertad" in eine Militärkaserne verschleppt und zu "Geiseln des Staates" erklärt. Von den 12 Jahren ihrer Gefangenschaft verbrachten sie 11 1/2 Jahre in völliger Einzelisolation unter Bedingungen, wie sie selbst für lateinamerikanische Folterregime beispiellos sind.
1984 wurden die neun Geiseln vor dem Hintergrund einer neu erstarkenden Volksbewegung in das Gefängnis "Libertad" zurückverlegt. Nach den Parlamentswahlen vom November 1984 und der Wiedereinsetzung einer Zivilregierung am 1. März 1985 wurden acht von ihnen zusammen mit den letzten politischen Gefangenen freigelassen. Der Neunte, Adolfo Wasem, überlebte die Haft nicht: er starb im November 1984 in der Zelle eines Militärkrankenhauses.
Bereits am 14. März 1985, am Tage ihrer Freilassung, erklärte Fernandez Huidobro als Sprecher der historischen Leitung der MLN auf einer Pressekonferenz den Neuaufbau der Organisation, nun als legale politische Bewegung. Die Tupamaros sind heute wieder in allen Basisbewegungen aktiv und waren eine führende Kraft in der Kampagne gegen die Straffreiheit der Folterer und Militärs. Sie betreiben ein eigenes Radio, haben einen eigenen Verlag und geben die meist gelesene Zeitschrift des Landes, "Mate Amargo", heraus. Sie sind Mitglied der Frente Amplio, die bei den letzten Wahlen den Bürgermeisterposten von Montevideo besetzen konnte.



Hallo liebe SchreiberInnen!

Ich möchte kurz meinen Znmut über die letzte Ausgabe der Zeitung zum Ausdruck bringen. Mich nervt es zunehmend mehr, daß ihr kaum noch eigene Artikel veröffentlicht, sondern den Inhalt fast ausschließlich durch alte, schon längst bekannte und überholte Artikel bestimmt. Für mich ist die Zeitung nur dann eine Stadtteilzeitung, wenn sie übers Viertel berichtet und es gelingt, daß was die SchreiberInnen zu sagen haben, sich in der Zeitung wiederspiegelt.
Zur Zeit passiert genug im Viertel, über daß es sich lohnt, genauer und mit Hintergrund - Informationen zu informieren. Wobei es auch mal angesagt wäre, Euren eigenen Standpunkt zu bestimmen und zu vermitteln. Da euer Standpunkt fehlt, wird auch die politische Zielsetzung des Blattes nicht genau bestimmt. Und die Zielsetzung der Zeitung fehlt mir total! Sagt mal was zur letzten Ausgabe, die für mich ein bißchen so wirkt wie hingekotzt.

Thema : Es startet Fritz Bauch!

Am Wochenende den 8./9.2.91, fand ich diesen Brief (s. Beilage) im Briefkasten und hab mich tierisch aufgeregt! Unmöglich finde ich es, daß das Kollektiv sich so unklar in der sogenannten Öffentlichkeit im Schanzenviertel vorstellt, ohne inhaltlicher genauer auf das einzugehen, was Hintergrund z.B. ihrer Überlegungen war;
1) in Konkurrenz zum Schanzenstern im Mont-Blanc-Gebäude,
2) dem Cafe Döse, als direkter Nachbarin,
die ähnliche Dinge, wie Frühstück etc. anbieten, zu gehen!
Weiter nervt mich, daß die BetreiberInnen ihr Projekt ohne jeglichen Widerspruch als "Belebung" im Viertel anpreisen, ohne um Verständnis wie z.B. durch den zu erwartenden Lärm hinzuweisen. Die "Belebung" heißt nämlich: Lärm und schlaflose Nächte, für alle MieterInnen in der Bartelsstraße.

Ich spreche hier aus Erfahrung, nämlich aus der Zeit, als der Biber noch die "Belebung" in der Juliusstraße war. Dort haben sich damals die BetreiberInnen und BesucherInnen einen Scheißdreck um die umliegenden MieterInnen gekümmert. Ruhe war da nie!!!



Diese Erfahrung brauchen die MieterInnen in der Bartelsstraße nicht. Hier müßte wohl mal der Begriff "Belebung" genauer diskutiert werden. Die alte F. Bauch Kneipe gab es Jahre im Viertel und sie stand z.B. für nachbarschaftliches Nebeneinander. Dort trafen sich viele MieterInnen aus dem Schanzenviertel und konnten, vor allem billig, bis spät in die Nacht ihr Bier trinken. Streß um Lärm oder sonstigen Kram hat es nie gegeben! Mit anderen Worten: Vor der neuen "Belebung" graut es mir!!!
Was ich aber total problematisch finde, ist die Tatsache, daß die BetreiberInnen der neuen Kneipe nicht richtig über den Käufer ihrer Kneipe und Besitzer des Hauses Bartelsstraße 10, informiert haben.

Warum wird nicht erzählt, was das für eine Ratte ist?
Die Firma Grabow & Hansen GBR. haben in vielen Stadtteilen wie Eppendorf etc. insgesamt 10 Schickie-Kneipen. Weiter war einer der Firmeninhaber eine der Personen, die großes Interesse am Wasserturm hatten. Kann sich doch jede/r denken, was für eine Vertreibungsstrategie die im Schilde haben, oder?
Ich denke, daß durch die Vermietung der Fritz-Bauch-Kneipe an Leute von uns, sich das Pack von Grabow und Co., gleichzeitig ein Standbein ins Schanzenviertel erkauft haben. Es sei noch erwähnt, daß sie in der Miete zig-mal höher sind, als zum Beispiel die STEG für die NutzerInnen im Gewerbehof Mont-Blanc.
So ein Unternehmen wie die, hat im Schanzenviertel nix zu suchen!
Zumal sie sich auch noch mit dem Geschäftsführer der Hamburger Bank zusammengeschlossen haben, um ein Haus in der Schanzenstr. abzureißen. Das Haus gehört dem Geschäftsführer der Bank. Sie wollen dort HOCH UND TEUER bauen !
Wieso verhindern wir nicht gemeinsam den Abriß ?
Wieso sagt das Kneipenkollektiv nix dazu ?
Fehlt nur noch, daß Grabow und Hansen GBR. die Kneipe "Frank und Frei" kauft. Für 120 Tausend steht die zum Verkauf an.
Ja, und was wir dann ins Viertel kriegen, darüber brauch ich doch nix mehr zu sagen ? Oder ?
Auf diese Schicht von Menschen kann ich gut verzichten!!!
Was ist da mit all unseren gut formulierten politischen Ansprüchen? Wer will hier denn noch das Viertel vor Vertreibung bewahren?
Abschließend sei noch gesagt, daß es mir hier nicht um eine Anpisse gegen die sieben BetreiberInnen von Fritz Bauch geht, sondern um die Hoffnung, daß durch z.B. dieses Papier evtl. eine Diskussion in Gang kommt.
Geredet wird ja schon länger über u.a. die Kneipe und den Käufer des Hauses, allerdings nur mit vorgehaltener Hand. Und so können wir nicht länger unsere (Nicht)- Auseinandersetzung führen.

Eine Bewohnerin der Bartelsstraße

Café de Underduikers

Vereinscafé

THADENSTRASSE 94
2000 HAMBURG 50
TEL.: 0 40/43 77 16

jeden Samstag von 15–21 Uhr

Samstag, 9.3., 18 Uhr
SEPTEMBERWEIZEN:
Der in 7 Episoden unterteilte Film zeigt anhand der amerikanischen Weizenproduktion exemplarisch die Mechanismen und Systeme der weltweiten Nahrungsmittelverteilung auf. Weizen wird hier nicht mehr in seiner ursprünglichen, dem Menschen dienenden Funktion als Nahrungsmittel dargestellt, sondern als Ware, als Spekulationsobjekt und als politische Waffe. (LBH-Medienkatalog)

Samstag, 16.3., 18 Uhr
ATOMIC CAFE:
Kompilationsfilm, der ausschließlich aus Lehrfilmen und Archivmaterial der amerikanischen Regierung und Armee zusammengesetzt ist. Er verdeutlicht die Atompropaganda der 40er- und 50er Jahre - einer Zeit, da die angeblich strategische Notwendigkeit der Atombombe ins öffentliche Bewußtsein gehämmert, ihre Gefahren auch bei Tests verharmlost, ihr Einsatz und die Möglichkeit des Überlebens bei einem atomaren Angriff für real gehalten wurde. (Regie: Kevin Rafferty, 1982)

Samstag, 23.3., 18 Uhr
PARIS — TEXAS:
Zu diesem Film muß nicht mehr viel gesagt werden. Wim Wenders Streifen von 1984 bei Kaffee und Kuchen. Zweieinhalb Stunden Harry Dean Stanton als Travis, der, sprach- und erinnerungslos, von seinem Bruder in der Wüste aufgelesen wird und sich schließlich mit seinem Sohn auf die Suche nach der Mutter (Nastasia Kinski) macht.

(die angekündigten Filme sind Video-Filme, der Kuchen selbstgemacht)

KRIEG UND FLUCHT IN KURDISTAN

TÜRKEI / IRAK

- 500 000 Menschen schon vor Beginn des Golfkrieges geflohen
- In den letzten Tagen flohen: 300 000 Menschen der Stadt Diyarbakir (600 000 Einwohner) und 3/4 der Bewohner der grenznahen Städte Cizre & Silopi
- Alle relevanten Hospitäler & Überlandbusse vom türkischen Militär beschlagnahmt
- Frauen & Kinder & alte Menschen existieren hilflos in Winterkälte entlang den großen Landstraßen in Erdlöchern, Viehställen & im Freien.
- Türkische Regierung verhindert jegliche Schutzmaßnahme & selbst die minimalste Versorgung der Betroffenen

Während die Regierung in Ankara die durchaus erwünschte Entvölkerung Kurdistans auch dadurch fördert, daß ihre Armee die Felder der Vertriebenen mit Flammenwerfern & Bulldozern dauerhaft vernichtet, fliegen die in diesem Land stationierten NATO-Kampfbomber ihre tödlichen Einsätze auf die nord-irakische Kurdenstadt Zakho. Um denen, die dort im Sommer 1988 die Giftgasangriffe Saddam Husseins überlebten, im „Namen der Freiheit" endgültig den Rest zu geben.

STOPPT DEN GOLFKRIEG - FRIEDEN JETZT - „NEIN" ZUR ZERSTÖRUNG KURDISTANS





LESUNG UND DISKUSSION

Najem Wali, 1956 im Süden Iraks geboren und 1980 mit Beginn des Iran-Irak-Krieges in die BRD emigriert, lebt heute als freier Journalist und Autor in Hamburg.
Er liest aus seinen Texten und diskutiert anschließend mit uns über die derzeitige Situation am Golf.

ORT: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblett 55
ZEIT: 7. März, 20 Uhr

CAFE FRAU DÖSE e.V.
Infocafé im Schanzen1/4
Bartelsstraße 10, Tel.: 430 25 90

Sonntag, 3.3., 12 Uhr
RUND UM DAS SCHULTERBLATT
Stadtrundgang über Schlachthof, Schilleroper, Flora, Hamburger Hof. Danach Aufwärmen und Aufarbeiten des Gesehenen im Café Döse.
Treff: 12 Uhr im Café
Veranstalterin: St. Pauli Archiv

Samstag, 9.3., 18 Uhr
ST. PAULI-NORD UNTERM HAKENKREUZ
In den Jahren 1933 bis 1939 wurde eine Studie angefertigt über "Asoziale" in Hamburg. Eines der untersuchten Gebiete ist das Karolinenviertel. Wir wollen versuchen, diese "Notarbeit 51" kritisch vorzustellen.
Veranstalterin: St. Pauli Archiv/Café Döse

Samstag, 16.3., 18 Uhr
WOHNUNGSPOLITIK UND SANIERUNG IN MADRID
Dia-Vortrag von Sabine Busch über Tendenzen nach dem EG-Beitritt Spaniens.

Samstag, 23.3., 18 Uhr
STADTERNEUERUNG UND WOHNUNGSVERSORGUNG IN DEN NIEDERLANDEN
Dia-Vortrag und Erfahrungsbericht aus Amsterdam und Rotterdam von Sabine Busch.